

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 168.

Montag, den 21. Juli 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Kampf der Jugend.

Die Anfänge der freien Jugendbewegung entstanden vor Jahren aus dem Bedürfnis der Lehrlinge, sich gegen die schlimme Ausbeutung und Mißhandlung durch die Meister zu wehren, denen sie durch eine reaktionäre Gesetzgebung ausgeliefert waren. Da die jungen Kämpfer die Notwendigkeit fühlten, sich im sozialistischen Sinne auszubilden und Anschluß an die Arbeiterbewegung zu suchen, erweiterten sich bald die Kampfvereine der Lehrlinge zu Bildungsvereinen jugendlicher Arbeiter, die dann, nicht ohne einige Reibereien, unter den Schutz und die Obhut der allgemeinen Arbeiterbewegung genommen wurden. Mögen damals viele Genossen nicht viel von den Jugendvereinen gehalten haben, so wurden sie durch den scharfen Kampf, der von oben gegen die Jugendbewegung geführt wurde, bald des Besseren belehrt. Auf das „liberale“ Vereinsgesetz gestützt, das bleibende Denkmal der Freistundenschande aus der Zeit des Bülowblocks, suchten die Behörden mit aller Macht die freie Jugendbewegung zu vernichten; natürlich vergebens. Mehr noch, in diesem Kampfe um ihre Existenz hat die Jugendbewegung erst ihre innere feste Kraft bekommen, durch die sie dann emporgewachsen und immer größere Massen umfassen konnte.

Die weitere Entwicklung der freien Jugendbewegung ist dann vor allem durch die Entwicklung der bürgerlichen Jugendbewegung bestimmt worden. Es liegt in der Natur der Sache, daß immer nur ein kleiner Teil der jungen Leute derart durch die Ideale und den Kampf ihrer Klasse begeistert wird, daß sie dafür ihre ganze Kraft einsetzen; die Jugendvereine hätten also als Kampforganisationen immer nur den kleinsten, wenn auch energischsten und gebiendsten Teil unserer Jugend umfaßt. Erholung, Spiel, Vergnügen, Sport, Wandern, Geselligkeit müssen immer den Hauptteil der Zeit und des Interesses der Jugend erfüllen; diesem Bedürfnis konnte aber genügt werden in „neutralen“ Vereinen, wo man sich um die „Politik“ nicht kümmerte. Daß dies nicht so geliebt ist, daß die proletarische Jugend gezwungen wurde, sich auf diesen Gebieten selbständig zu machen, lag daran, das den „neutralen“ Vereinen immer mehr ein ausgeprägter, gegen den Sozialismus gerichteter, „nationaler“ Charakter gegeben wurde, daß sie also immer mehr in den Dienst der bürgerlichen Politik gestellt wurden. Und schließlich hat die Gründung des Jungdeutschlandbundes, der alle verschiedenen bürgerlichen Jugendvereine zu einem einheitlichen Ganzen vereinigte, das sich ausdrücklich auf nationalistischen Boden stellte, eine klare, scharfe Scheidung zwischen bürgerlicher und proletarischer Jugendbewegung gebracht.

Was bedeutet diese Konzentration der nationalen Jugendbewegung für uns? Oft wird die Ansicht geäußert, wir brauchen uns um den Jungdeutschlandbund keine Sorge zu machen, da er uns die Arbeiterkinder, die sich ja unter diesem Klimbim und unter den Kindern anderer Klassen nicht heimlich fühlen können, doch nicht wegstapeln kann. Andererseits wird nur davor gewarnt, diese feindliche Kraft nicht zu unterschätzen, der nur durch die eifrigste Agitation und durch energischen Kampf zu begegnen ist. Wie es sich dann in Wirklichkeit verhält, ist nur zu erkennen, wenn wir die Entwicklung der Jugendbewegung im Rahmen der gesamten gesellschaftlichen und politischen Entwicklung betrachten.

Der Imperialismus ist mehr als eine bestimmte Weltpolitik des Großkapitals, die durch den Drang nach Kapitalexport bestimmt wird. Er ist auch eine neue Weltanschauung, die zu dieser Politik notwendig gehört und die er an die Stelle der früheren „liberalen“ Weltanschauung der aufsteigenden Bourgeoisie setzt. Auf die verbliebenen Träume eines friedlichen Wettbewerbs aller zur Menschheit vereinigten und durch keine despotische Gewalt mehr bedrückten Völker, auf das Humanitätsideal des Weltfriedens und der Herrschaft des Rechts, auf die Theorie der Gleichheit alles dessen, was Menschenanfällig trägt, blickt er verächtlich als auf marx- und kraftlose Phantasien weltfremder Schwächlinge herab. Er predigt das Evangelium der Kraft, die sich im Kampfe bewährt. Das eigene Land stellt er über alles; es soll sich mächtig über alle anderen Länder erheben und durch kriegerische und industrielle Tüchtigkeit sich den ihm gebührenden Platz in der Welt erobern; die eigene Nation ist ihm das auserwählte Volk der Menschheit. Diese Anschauungen haben in den letzten Jahrzehnten immer weitere Schichten des Bürgertums ergriffen; bei den Wahlen, in den Abstimmungen, in der Presse sieht man, wie immer mehr die ganze Klasse für die neuen Ideale gewonnen wird und sich für Weltfrieden und Militarismus begeistert. Die alte Legende der Vaterlands-

liebe, die den idealistischen Boden dieser Anschauung abgibt, wächst hier zu einem verbohrtten, stark militaristisch gefärbten Rationalismus aus. In dieser Form greift sie nun auf die Jugend über, wird sie dazu gebraucht, die Jugend in den Dienst der neuen Politik zu stellen.

Von der Seite der Pädagogen ist immer hervorgehoben worden, daß die politischen Kämpfe von der Jugend fernzuhalten seien; die Eintrichterung von Ansichten, die die Kinder unmöglich in ihrer Tragweite erfassen können und deren kritische Beurteilung über ihrem Gesichtskreis liegt, verstößt gegen die elementarsten Grundsätze einer guten Erziehung. So richtig das ist, so leidet diese Wahrheit doch Schiffbruch an der Wirklichkeit des gewaltigen Klassenkampfes, der unsere Zeit beherrscht. Darin zeigt sich eben, daß sie nur die halbe Wahrheit ist. Kinder und Jugendliche können die konkreten politischen Forderungen der einzelnen Parteien nicht beurteilen und sich dafür wohl kaum erwärmen; wo aber die Gegensätze der Parteien Gegensätze allgemeiner Weltanschauung sind, die einen Ausdruck der großen Klassenkämpfe bilden, da fallen sie sicher in den Bereich des aufwachsenden Geschlechts. Es liegt in der Natur der Jugend, sich für die allgemeine großen Ideale zu begeistern, die ihre Zeit erfüllen; sie können nicht anders als lebhaft Anteil nehmen an dem, was ihre Väter gewaltig bewegt. Daß die Jugend in dieser Weise in den großen politischen Kampf hineingezogen wird, beweist, wie tief der Riß ist, der durch die heutige Gesellschaft geht. Es stehen sich nicht einfach zwei politische Theorien gegenüber, sondern zwei Klassen, beide zu fest organisierten Armeen zusammengefaßt, beide ihre ganze Macht immer strammer zusammenfügend. Jede gliedert sich ihre eigene Jugend an und bemüht sich, in die jungen Herzen ihre eigenen Grundanschauungen zu gießen. In der bürgerlichen Welt war das erst möglich, seitdem sie selbst ganz für die nationalistisch-imperialistische Politik gewonnen war und deren Ziele ihr als neue Ideale zum Bewußtsein gekommen waren. Der Jungdeutschlandbund ist der Ausdruck dieser Konzentration aller Kräfte der bürgerlichen Welt, auch der Jugend, in dem Dienst der imperialistischen Ziele.

Daher ist es ganz richtig, daß dieser Bund für die Kinderklassenbewußter Proletariat gar keine Gefahr bedeutet; er ist zunächst eine Zusammenfassung der ganzen bürgerlichen Jugend. Gerade deshalb aber muß die proletarische Jugendbewegung gegen ihn einen energischen Kampf führen, um alle proletarischen Elemente, die aus Einfaß, Gleichgültigkeit oder Unwissenheit sich von ihm mitreißten lassen könnten, von ihm fernzuhalten und sie sich selbst anzugliedern. Es ist derselbe Kampf, den das Proletariat überhaupt gegen die unter der Fahne des Imperialismus konzentrierte bürgerliche Welt führt und der vor allem in Aufklärung und Organisation besteht.

In diesem Kampf der Jugend ringen die Ideale der beiden feindlichen Klassen miteinander; in ihrer Wirkung auf die Jugend, die das Heucheln noch nicht versteht, muß das innere Wesen dieser Ideale am schärfsten hervortreten. Und was sehen wir? Abstrakt betrachtet sollte und könnte die bürgerliche Jugend das Studium der Natur und die Liebe zum heimatischen Boden im Wandern pflegen; in der Praxis hört man nur Klagen darüber, wie sie wie Indianer in den Wäldern und alten Ruinen hausen und alles roh zerstören. Ihr „Patriotismus“ tritt fast nur in der Form blühenden Trommels oder kindischer Kriegsspiele auf. In der Geistlosigkeit und der Robheit, die in der Praxis jener Jugend hervortreten, zeigt sich am klarsten, wie die neuen imperialistischen Ideale der modernen Bourgeoisie äußerlich gewalttätig und barbarisch, innerlich hohl und leer sind. Dagegen wird auch die einfachste Praxis der proletarischen Jugendbewegung durch die Herrlichkeit der Ideale des Sozialismus, die sie innerlich durchdringen, emporgehoben. In der freien Natur und dem Heimatboden draußen sieht das heranwachsende Arbeitergeschlecht sein künftiges Erbe, das es zuerst lieben lernt, um es nachher mit Leidenschaft erobern zu wollen; in Kultur und Sport, im ernstlichen Studium und im gemeinsamen Spiel sucht es sich Körperkraft und Geistesfrische, Wissen und Tüchtigkeit zu verschaffen, die es braucht, um den Sozialismus zu erkämpfen.

Der Kampf gegen die bürgerliche Jugendbewegung, im oben erwähnten Sinne geführt, gibt der proletarischen Jugendbewegung neue Anregung und eine breitere gesunde Kraft als ihr aus den einfachen Bildungsbestrebungen oder aus dem einseitigen Widerstand gegen beherrschende Unterdrückung erwachsen könnte. Dabei wird sie das, was sie in Gegensatz zum Jungdeutschlandbund setzt, naturgemäß immer scharfer hervorheben und entwickeln. Gegen den beschränkten Patriotismus wird sie die Internationalität pflegen; je mehr jener militarisiert wird, um so stärker muß ein kräftiger Anti-

militarismus, muß Klarheit über und Feindschaft gegen allen Militarismus unsere Jugendbewegung erfüllen. Die innere Kraft unserer Ideale, die in der Praxis der Jugendbewegung äußerlich zutage tritt, dabei die große Werbekraft, die sie großzieht und zu einem wichtigen Gliede der gesamten Arbeiterbewegung machen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Rüstungswahnsinn soll noch weiter getrieben werden!

Nachdem mit der Annahme der Riesenheeresvorlage dem deutschen Volke erst eben wieder ungeheure Opfer auferlegt worden sind, wird bereits eine weitere Vermehrung der Rüstungen angekündigt. Die „Militärisch-politische Korrespondenz“ schreibt:

„Die für die Landesverteidigung verantwortlichen Stellen sind eifrig an der Arbeit, um die durch die Bewilligung der Heeresvorlage geschaffene zahlenmäßige Verstärkung unserer Rüstung auch organisatorisch auszugestalten. So werden — wie die „Mil.-pol. Korrespondenz“ von wohlunterrichteter Seite hört — im Reichsministerium alle Vorarbeiten für die Neu- bzw. Umbewaffnung der Artillerie getroffen. Im Reichsmarineamt liegt eine Vorlage über die Schaffung einer Ausland-Kreuzerflotte fertig da, da die Erfahrungen der letzten Zeit die Notwendigkeit einer größeren Zahl von jederzeit verfügbaren Auslandkreuzern ganz besonders haben hervorgerufen.“

Wenn die beiden Landesverteidigungsbehörden mit ihren Forderungen hervortreten werden, sieht noch nicht fest, da sich einmal gegen die Schaffung einer Ausland-Kreuzerflotte einwenden noch große Widerstände geltend machen, die nicht so leicht zu überwinden sein werden. Dann aber ist man sich klar darüber, daß es schwer sein wird, schon jetzt wieder dem Reichstage mit neuen Forderungen zu kommen. Deshalb läßt sich heute noch nicht übersehen, wann die Arbeiten des Kriegsministeriums für die Umbewaffnung der Artillerie spruchreif sein werden. In unterrichteten parlamentarischen Kreisen betrachtet man diese Arbeiten des Kriegsministeriums als eine Folge der scharfen Kritik, die der Zentrumsabgeordnete, früherer General Haessler, an unserer Artillerie geübt hatte, und die den damaligen scharfen Zusammenstoß mit dem bayerischen Generalmajor Wenninger zeitigte. Eine Nachprüfung der Haesslerischen Behauptungen im Kriegsministerium soll ergeben haben, daß tatsächlich ein großer Teil der Ausstellungen des Abg. Haessler berechtigt war, worauf man sich im Kriegsministerium sofort daran machte, den Beanstandungen Rechnung zu tragen.“

Also eine vollständige Neu- und Umbewaffnung der Artillerie für den Landmilitarismus und eine Ausland-Kreuzerflotte für den Marinismus, der die Zeit nicht erwarten kann, daß auch er wieder an die Reihe kommt. Und der Lustmilitarismus wird auch nicht zu kurz kommen wollen.

Daß diese neuen Rüstungsmaßnahmen wieder viele Hunderte von Millionen verschlingen werden, ist selbstverständlich. Selbstverständlich ist auch, daß man zur Bedienung diesmal zu indirekten Steuern greifen und damit die Volksmassen von neuem belasten wird. Selbstverständlich ist ferner, daß alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme auch diese Rüstungsspiele schlucken werden. Die feige Angst vor der „Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn“ und der kritiklose Respekt vor dem militärischen Mandatäratum werden die bürgerlichen Parlamentarier schließlich doch zur Bewilligung bringen.

Der Firma Krupp, die seit Liebknechts Enthüllungen sowie durch den bevorstehenden Korruptionsprozeß böse Lage durchzumachen hat, wird durch die neuen Heeresforderungen ein goldenes Pflaster auf die Wunde gelegt. Und das ist schließlich der Hauptzweck des neuen Rüstungstreibens.

Rösthlich ist die Begründung der Artillerieforderungen. Ausgerechnet die Kritik des Generals Haessler hat zu ihnen Anlaß gegeben. Was Herr Haessler über den Drill, die Paraden, über die zu lange Dienstzeit usw. gesagt hat, ist an den Herren Militaristen abgeprallt, nur seine Kritik über die Artillerie hat Gnade vor ihren Augen gefunden. Weil das den Rüstungstreibern und Rüstungsinteressenten so in den Kram paßt.

Die Arbeiterklasse darf angesichts dieser neuen Rüstungshege im Kampfe gegen den Militarismus nicht erlahmen. Für unsere Militärforderung zu agitieren, über sie mehr und mehr Klarheit zu verbreiten, muß unsere Aufgabe sein, wenn wir diesem wahnsinnigen Weltfrieden mit all seinen Gefahren für den Weltfrieden, für die Kultur und die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes ein Ende bereiten wollen.

Die „Post“ behauptet, daß an der Meldung der „Militärisch-politischen Korrespondenz“ kein wahres Wort ist. Abwarten!

Zur Reichstagswahl im Wahlkreis Dresden-Neustadt.

Am Freitag abend wurde in einer stark besuchten Parteiverammlung in Dresden-Neustadt der Stadtverordnete Wilhelm Buck einmütig als Reichstagskandidat des vierten sächsischen Reichstagswahlkreises proklamiert.

Die zur Zeit erledigten Reichstagsmandate.

Im Reichstage sind zurzeit fünf Mandate erledigt, nämlich Weisheim durch den Tod des Frhr. v. Thünefeldt (3.) seit 15. Mai, Landshut durch den Tod des Frhr. v. Meßen-Waldkirch (3.) seit 16. Juni, Dresden-Neustadt durch den Tod des Gen. Roden (Soz.) seit 21. Juni, Ragun-Blkalken durch den Tod des Abg. Grafen Kanitz (K.) seit 30. Juni, Neumarkt durch den Tod des Abg. Kohl (3.) seit 9. Juli. Sämtliche Mandate sind sicherer Besitzstand der betreffenden Parteien.

Die Reform des Militär-Strafgesetzbuches.

Im „März“ behandelt der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Liszt die Frage der Reform des Militärstrafgesetzes und meint, daß vor dem Jahre 1925 wohl kaum mit der Vorlage eines neuen Entwurfs des Reichs-Militär-Strafgesetzbuches zu rechnen sei, denn zuerst müsse das Reichs-Strafgesetzbuch in seiner neuen Fassung vom Reichstage verabschiedet werden, und daran sei vor dem Jahre 1920 nicht zu denken. Uebrigens glaubt er, daß das vom Reichstage beschlossene Strafgesetz über die größten Härten für die nächsten Jahre hinweghelfen dürfte. Zu diesem Strafgesetz selber will die „Tägliche Rundschau“ erfahren haben, daß es in der letzten Plenarsitzung des Bundesrates vor den Ferien an die vereinigten Ausschüsse für Justiz und Landesverteidigung überwiesen worden sei. Diese Ausschüsse würden ihre Arbeiten Mitte September wieder aufnehmen und dann zunächst das Strafgesetz in Beratung ziehen. Zweifel an seiner Annahme beständen nicht, sodas der Entwurf etwa Ende Oktober Gesetz werden dürfte. An maßgebender Stelle werde erwohnen, den Exekutiv-Verurteilten die Wohltaten des gemilderten Militärstrafgesetzes für alle Fälle angedeihen zu lassen, und die Möglichkeit dazu sei damit gegeben, daß es dem Gerichtsherrn freistehe, den Termin für die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht auf einen Zeitpunkt zu legen, an dem die neuen gesetzlichen Bestimmungen schon in Kraft sind.

Wenn diese Absicht tatsächlich bestehen sollte, so würde auch darin eine ganz erhebliche Härte für die Verurteilten liegen, die sich nicht auf freiem Fuße befinden, sondern in Untersuchungshaft sitzen. Das würde bedeuten, daß die Untersuchungshaft und damit die Ungewißheit über das Schicksal der Verurteilten bis in den Spätherbst hinausgeschoben würden.

Wie die „Tägliche Rundschau“ weiter erfährt, steht die Mehrheit der Verbündeten Regierungen auf dem Standpunkte, daß im Interesse der militärischen Disziplin nicht darauf eingegangen werden kann, die Mannschaften des Beurlaubtenstandes nur für die Dauer der Kontrollversammlung unter die Militärstrafgesetze zu stellen; vielmehr würde daran festgehalten werden müssen, daß sie nach wie vor den ganzen Tag hindurch den Militärstrafgesetzen unterstehen.

Unbequemer Wahltermin.

Die Ersatzwahl für den verstorbenen Grafen Kanitz ist, wie bereits mitgeteilt, auf den 23. August angesetzt worden. Dieser Wahltermin ist den Agrariern sehr unbequem. Die „Tägliche Zeitung“ weist nämlich darauf hin, daß zu diesem Zeitpunkt die Erntearbeiten noch in vollem Gange sind und daß man in diesem Falle wohl viele kleinere Grundbesitzer, deren fleißige Hände zu dieser Zeit auf dem Felde noch unentbehrlich sind, an der Ausübung des Wahlrechts zu hindern trachte.

Geht der Kreis, was sehr leicht möglich ist, den Konservativen verloren, dann wird man die Regierung dafür verantwortlich machen, weil sie den Wahltermin nicht auf einen Zeitpunkt legte, der den Agrariern in den Kram paßte.

Wie weit reicht der Eid eines Offiziers?

Diese Frage untersucht die freikonservative „Post“ in Verbindung mit der Weissenfrage. Das Blatt bringt an der Spitze in auffälligem Druck eine Zuschrift von militärischer Seite, die so interessant ist, daß wie sie vollinhaltlich wiedergeben. Sie lautet:

„Prinz Ernst August sagte bekanntlich in seinem Schreiben, daß in seinem Fahnenleid das Versprechen läge, nichts zu tun und nichts zu unterstützen, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Bestzustand Preußens zu verändern. Sehr richtig! Aber leider erlischt der Fahnenleid von selbst in dem Augenblicke, in dem der Prinz als souveräner Herzog den Thron von Braunschweig besteigt und aus dem aktiven Dienst der preussischen Armee ausscheidet. Ueberträgt man sich dann dem eigentlichen Gesichtspunkt, daß der alte, nicht fürstliche, landeseingeborene Offizier sich aus Gründen der Offizierschre, der Königstreue, der Anterianenpflicht, bis ans Lebensende gebunden betrachtet. Hier handelt es sich lediglich um die Rechtsverpflichtungen aus einem Dienstverhältnis. — Es liegt im Wesen der Souveränität, daß ihr Träger nicht einem anderen Souverän gegenüber durch einen Dienstverhältnis in der Ausübung seiner landesherrlichen Rechte und Pflichten behindert sein kann. — Nun scheidet der Prinz aber mit seiner Thronbesteigung aus dem tatsächlichen Verband der preussischen Armee aus und wird ihr nur noch in Ehrenbezeichnungen als Chef oder à la suite von Truppenkörpern angehören. — Ein Dienstverhältnis hat immer nur Gültigkeit für die Dauer des Dienstverhältnisses, falls er nicht ausdrücklich eine Formel darüber hinaus, etwa auf Lebenszeit enthält. Beim Soldaten endet freiwillig das Dienstverhältnis nicht schon mit dem Austritt aus dem aktiven Dienst, sondern erst nach Beendigung der gesetzlichen Wehrpflicht, also dem 5. Lebensjahre, falls das Wehrrecht nicht erlischt. Das trifft aber für Militärs nicht zu, da diese einer Wehrpflicht überhaupt nicht unterworfen sind. — Es kann keine Rede davon sein, daß die Ehrenbezeichnung als Chef eine wirkliche Zugehörigkeit zu der betreffenden Armee begründet, denn da fast sämtliche Fürsten Europas solche Bezeichnungen in den gegenwärtigen Heeren bestanden, würden sonst beinahe alle Länder unseres Weltteils

verhindert sein, gegeneinander feindliche Handlungen zu begehen. — Es hat sich auch 1866 kein deutscher Fürst durch seine militärischen Ehrenstellen abhalten lassen, Preußen zu betriegen. Der Großvater des Prinzen Ernst August hat nicht nur vor dem und während des Krieges seine preussischen Ehrenstellen innegehabt, er hat sie sogar nach dem Feldzug und während der Zeit der eifrigsten Versuche zur Wiederherstellung des Königreichs Hannover nicht, wie andere Fürsten, niedergelegt, sondern ausdrücklich erklärt, er betrachte es nach wie vor als eine Ehre, der preussischen Armee anzugehören. Der verstorbene Großherzog von Baden war, genau wie Prinz Ernst August, der Schwiegersohn des Königs von Preußen und hat 1866 gegen uns gekämpft. Der König von Rumänien hat aktiv Dienst in der deutschen Armee getan und den Fahnenleid geleistet, aber niemand wird behaupten wollen, daß er dadurch in seinen politischen Entschlüssen behindert sei. — Nein. Die braunschweigische Thronfolgefrage kann nur durch den formalen Verzicht des gesamten Welfenhauses auf Hannover gelöst werden.“

Die „Post“ hegt also sehr starkes Mißtrauen gegenüber dem Dienstleid des jungen Cumberlanders. Wenn in ähnlicher Weise sozialdemokratische Blätter geschrieben hätten, so würde die patriotische Presse und auch die „Post“ Zeter und Mordio geschrien haben, ja sie hätten vielleicht sogar den Staatsanwalt in Bewegung gebracht, um gegen diese Blätter wegen Beleidigung des gesamten preussischen Offizierskorps gerichtlich vorzugehen.

Müßiger Streit.

Zwischen Konservativen und Fortschrittler ist ein lebhafter Streit entstanden über die Haltung zur Stichwahl im Wahlkreis Dresden-Neustadt. Das konservative „Vaterland“ hatte darauf hingewiesen, daß im Falle der Stichwahl die Konservativen nicht für die Fortschrittler eintreten könnten. In der fortschrittlichen Presse erhob sich sofort ein lautes Geschrei über die Förderung, die die Konservativen den Sozialdemokraten angedeihen lassen wollen. Die „Tägliche Rundschau“ glaubte, vermittelnd zu sollen und betonte, es sei doch ein kleiner Unterschied zwischen dem Fortschritt, der beispielsweise die Heeresvorlage glatt bewilligt habe, und der Sozialdemokratie, die diese Vorlage grundsätzlich ablehnte; deshalb müsse der Fortschrittler gegenüber einem Sozialdemokraten immer noch als das kleinere Uebel gelten; wer das nicht gelten lassen wolle, der verfolge eine „Desperado-Politik“ und habe das Recht vermisst, andere Leute wegen Förderung sozialdemokratischer Wahlgeschäfte anzusehen. Gegen diesen Vermittlungsversuch wendet sich in aller Schärfe die „Deutsche Tageszeitung“, die entschieden bestreitet, daß die Auffassung vom „kleineren Uebel“ zutreffend sei. Mit einer Unterstützung der Fortschrittler sehe man geradezu eine Prämie auf die Unterstützung der Sozialdemokratie und ermutige den Freisinn zu einer Taktik, die vom Standpunkte seines Parteiinteresses gar nicht bequemer und erfolgreicher gemacht werden könnte! Die „Deutsche Tageszeitung“ fährt dann fort:

„Dadurch begibt man sich jedes Mittels, den Freisinn doch vielleicht noch wieder zur Besinnung zu bringen, fördert also ganz direkt und bewußtmaßen nicht etwa nur den Freisinn, sondern auch die Sozialdemokratie selber, und zwar nicht nur in dem Erwerb von Mandaten, sondern mehr noch in ihrer parlamentarischen Gesamtsituation; während umgekehrt die konsequente Verfolgung der Wahlhilfe einer Partei gegenüber, die sich mit der Sozialdemokratie verbündet, als das einzige Mittel gelten kann, sie von dieser gefährlichen Bahn doch vielleicht wieder zurückzubringen. Die Verfolgung der Unterstützung gegenüber einer solchen Partei ist also nicht „Desperado-Politik“, sondern jedenfalls das einzige positive Mittel, einer Politik des Verrats an der bürgerlichen Sache zu steuern; und nicht derjenige, der eine solche Politik betreibt, begibt sich des Rechtes, andere Leute wegen Förderung sozialdemokratischer Wahlgeschäfte anzusehen; dieses Recht vermisst viel eher, wer zwar über freisinnige Bündnisse mit den Sozialdemokraten köhnt, aber in Wirklichkeit nichts tut, um eine solche Politik zu verhindern.“

Das Uffige an dem ganzen Streit ist nun aber nicht die Stellungnahme der einzelnen Parteien, sondern die Tatsache, daß es vollkommen ausgeschlossen ist, daß es im Wahlkreise Dresden-Neustadt zu einer Stichwahl kommen kann!

Ultramontane Ablehnung.

Wie nicht anders zu erwarten war, bestreitet die ultramontane Presse, daß der „Volksfreund“ von der Berliner Richtung angekauft worden ist, um im Westen ein Gegengewicht gegen die „Kölnische Volkszeitung“ zu haben. Der Verlag des „Volksfreund“ erklärt:

„Die Gesellschaft, die hier in Frage kommt und in Verkaufsverhandlungen mit dem „Volksfreund“ steht, hat mit der Berliner Richtung, insbesondere mit dem Grafen Oppersdorff nichts zu tun. Sie arbeitet auch nur mit eigenem Kapital, und ihre Gesellschafter leisten Gewähr dafür, daß der „Volksfreund“ wie bisher durchaus im Zentrumsinne und im allerengsten Anschlusse an die Partei arbeiten wird.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ betont außerdem, daß der Erzbischof von Köln dem Unternehmen völlig fernstehe. — Daß Graf Oppersdorff und Erzbischof Hartmann nicht in der Gesellschaft sitzen werden, die das „Volksfreund“ Zentrumblatt kaufen will, stand von vornherein fest, aber es gibt auch in d i r e k t e Geldgeber!

Die katholischen Arbeitervereine in Wien.

Wie wir bereits berichteten, hat der Bischof Korum in Triest auf Grund der päpstlichen Gewerkschafts-Enzyklika für seine Diözesan-Bereine „Katholiken“ bekanntgegeben, die eine völlige kirchliche Renoumierung der katholischen Arbeitervereine bedeuten. Bischof Korum tritt somit in seinem Wirkungskreis der Ansicht der Gewerkschaftsführer ganz entgegen, entgegen, die Enzyklika gehe die christlichen Gewerkschaften nichts an, da sie auf jählicher Information des Papstes beruhe. In einem längeren Kommentar zu den Richtlinien behält sich der Bischof sogar das alleinige Recht vor, in etwaigen Schwierigkeiten die Entscheidung zu treffen. Der Kern

des Kommentars gipfelt in folgendem Satz: Der Diözesanverband kann irgend eine Forderung der christlichen Gewerkschaften innerhalb seiner Bezirke oder Bezirke nicht zulassen, viel weniger veranlassen.

Da Bischof Korum mit seiner Kriegserklärung an die christlichen Gewerkschaften bisher allein unter den deutschen Bischöfen steht, so ist die Erbitterung über die „Katholiken“ in den Köln-Gladbacher Anhängerkreisen erheblich gesteigert und ein Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Triest hat sich in diesen Tagen bereits mit der Angelegenheit befaßt. Als treue Schafe im Weinberge Gottes werden die Christlichen jedoch die Weisungen ihres Oberhirten, die sich doch auf das Nachwort des „Unfehlbaren“ stützen, widerspruchlos hinnehmen müssen. Die Zusicherungen, die die christlichen Gewerkschaften in dieser Hinsicht bereits gegeben haben, weshalb sie auch von den übrigen Bischöfen in deren Diözesen geduldet werden, genügt dem Bischof Korum scheinbar nicht. Die christlichen Gewerkschaften sollen sich der Klerisei ganz unterordnen. Nichtig kennzeichnete die „Kölnische Korrespondenz“ die Situation: „Entweder wollte die Enzyklika an dem bisherigen Stand der Dinge nichts ändern, sondern die christlichen Gewerkschaften in ihrer bisherigen Form billigen, dann haben die Gewerkschaften recht, indem sie sagen, „es bleibt bei Dresden“ und die Enzyklika war überflüssig und im höchsten Grade mißverständlich — oder sie spricht sich für die katholischen Organisationen aus, während sie die interkonfessionellen Gewerkschaften nur unter gewissen strengen Kautelen toleriert.“

Eine Ersatzwahl zum württembergischen Landtag

Ist demnächst im Oberamt Rottweil vorzunehmen. Der Zentrumsabgeordnete Beyer, der den Bezirk seit 1901 vertrat, ist an den Folgen eines Unglücksfalls gestorben. Bis zum Jahre 1900 war der konfessionell gemischte Bezirk Rottweil vollsparteiell im Landtag vertreten. Er gilt auch heute nicht als sicherer Zentrumsbesitz. Beyer erhielt bei der letzten Wahl nur 100 Stimmen mehr als der liberale und der sozialdemokratische Kandidat zusammen. Bei der eigenartigen Zusammensetzung des württembergischen Landtags, in dem bekanntlich die Rechte und die Linke genau gleich stark sind, wird der Kampf um dieses Mandat äußerst heftig werden.

Neue Ausnahmebestimmungen für die Elßaß-Lothringer.

Das französische Blatt „Messin“ will erfahren haben, daß die Militärverwaltung in Metz einen Befehl erlassen hat, monach kein elßaß-lothringischer Soldat in Zukunft mehr in den Bureaus des Telephon-, Telegraphen- oder Eisenbahndienstes Verwendung finden dürfe. Der „Messin“ bemerkte hierzu, daß diese neue Maßnahme des Mißtrauens gegenüber den Einheimischen in kraßem Gegensatz stehe zu dem Lob, das die Vorgänger des jetzigen kommandierenden Generals den Elßaß-Lothringern gespendet hätten.

Man muß verlangen, daß die maßgebenden Stellen sich ungeäuert zu dieser sensationellen Behauptung äußern.

Holland.

Die holländischen Gemeindevahlen. Die Sozialdemokratie hat auch bei den Gemeindevahlen glänzende Erfolge errungen. Ihre Stimmenzahl stieg in manchen Orten noch beträchtlich über die bei den Parlamentswahlen erreichten Zahlen. Und der Mandatserwerb wäre noch größer gewesen, hätten nicht die Liberalen, die bei den Parlamentswahlen in den Stichwahlen geschloffen für unsere Kandidaten stimmten, bei den Gemeindevahlen den Klerikalen vor uns den Vorzug gegeben. Sogar in manchen Orten, wo die liberalen Wahlvereine die Parole für die Sozialdemokratie ausgegeben hatten, stimmten die Liberalen für die Klerikalen. Trotzdem stiegen unsere Mandate, z. B. in Utrecht von 3 auf 6, in Rotterdam von 3 auf 7, in Groningen von 4 auf 6, in Zaanndam von 7 auf 10, in Amsterdam von 12 auf 15. In letzterer Stadt haben wir jetzt 1/2 der Mandate inne, was aber noch keineswegs unserer Stimmenzahl entspricht, die nahe an die Hälfte aller abgegebenen Stimmen heranreicht. In Zaanndam, einer Hafenstadt von 30 000 Einwohnern, haben wir die Mehrheit im Gemeindefolgeium erreicht, zum ersten Male in einer Stadtgemeinde. Insgesamt sind 40 ausschließende sozialdemokratische Gemeindevereiner wiedergewählt worden. Wir haben nur 3 Mandate verloren und 81 neu hinzugewonnen. Dabei sind die Gemeindevahlen noch nicht ganz beendet; es haben z. B. in Schiedam, Delft und Haag die Stichwahlen noch stattzufinden, teilweise mit sehr guten Aussichten für die Sozialdemokratie. Wir können also auch mit dem Erfolg dieser Kämpfe zufrieden sein.

Frankreich.

Die Verlesung des Militärstrafgesetzes. Die Kammer hat Sonnabend einen von der Kommission angenommenen Abänderungsantrag zur Militärstrafvorlage angenommen, der Erleichterungen zugesetzt für den früheren Eintritt derjenigen jungen Leute, die im Auslande geboren oder dort bereits angestellt sind und einen Aufenthalt von insgesamt fünf Jahren im Auslande rechtfertigen können. Während der Zeit des notwendigen Wohnens im Auslande soll den Interessierten ein jährlicher Aufenthalt von drei Monaten in Frankreich gestattet werden. — Zweijährige Dienstzeit für die jetzt dienenden Mannschaften. Die Kammer hat den Zusatzartikel angenommen, wonach die Jahrgänge 1910, 1911, 1912 nur zwei Jahre dienen.

Eine Junggesellensteuer. Die Budgetkommission der Kammer hat für Junggesellen, die über 30 Jahre alt sind, einen Steuerzuschlag von 20 Proz. beschlossen.

Balkan.

Türkische Vorbereitungen. Genosse Parnis schreibt: Die Türkei sieht sich wieder umworben von den Balkanmächten. Herr Dragumir war hier und führte Verhandlungen im Namen der griechischen Regierung. Nach seiner Abreise werden diese Verhandlungen von anderen Persönlichkeiten unoffiziell fortgesetzt. Herr Dragumir soll bald mit detaillierten Vorschlägen zurückkehren. Die griechische Presse Konstantinopels ist schon unger, von dem Augenblick der Einnahme Saloniks an, für eine

griechisch-türkische Verständigung eingetreten. So wurde die Kombination von langer Hand vorbereitet, man war sich nur nicht einig um den Preis, um welchen Griechenland seine Verbündeten verraten sollte. Denn die Türkei hatte nichts mehr zu bieten. Jetzt ist die Sache anders geworden. Griechenland steht im Kriege und will die Macht Bulgariens brechen. Um dieses Ziel zu erreichen, würde es sich noch gern was kosten lassen. Es ist also Griechenland, das der Türkei das Angebot macht, während die Türkei Forderungen stellt. Die Türkei verlangt die Rückgabe einiger Inseln. Das ist die Hauptfrage. Die hiesige griechische Zeitung "Neologos" behauptet, daß andererseits die Türkei die griechische Flotte die Meerengen passieren lassen soll, um Angriffe auf die bulgarische Küste zu ermöglichen. Vor allem aber möchte man offenbar ein militärisches Eingreifen der Türkei herbeiführen, um einen Teil der bulgarischen Armee zu binden. Von bulgarischer Seite ist Herr Natschewitsch hier eingetroffen, während von serbischer Herr Pawlowitsch unterwegs nach Konstantinopel ist. So hat sich die Situation geändert. Das Bündnis der christlichen Balkanvölker, das erst eine Unmöglichkeit schien, dann aber, als es zustande kam, die Türkei in Trümmern schlug, ist nunmehr doch an dem Widerstreit des nationalitätlichen Chauvinismus, des konfessionellen Saualtismus nebst seiner Priestermacht und der Claqueinteressen der Banditen, die an der Spitze der Kleinstaaten stehen, zugrunde gegangen. Der alte Zustand der gegenseitigen Unterminierung, der Schwärze und des Verrats ist wieder eingetreten, der der Türkei seit Jahrhunderten bekannt ist und seit Jahrhunderten zur Begründung der Herrschaft erst des türkischen Kriegerstandes, dann der türkischen Bureaucratie diente. Vorläufig kehrt sich die Türkei gegen Bulgarien. Denn erstens ist Bulgarien ihr stärkster Gegner, zweitens scheinen die Kriegsoperationen für Bulgarien sich ungünstig zu gestalten. Die Türkei verlangt von Bulgarien die Räumung der Marmarakaiste, den Verzicht auf eine Kriegsenhädigung, zugleich die Übernahme eines entsprechenden Anteils der türkischen Staatsschuld. Die radikalen Geister in der Presse begnügen sich damit nicht und verlangen die sofortige Wiederaufnahme der Kriegsoperationen, um eventuell Adrianopel zurückzuerobieren. Der türkische Generalkommissar Sazeb-Pascha erklärt, wie ja in diesem Augenblick nicht anders zu erwarten war, der Geist der Armee sei vorzüglich, sie sei vollkommen kriegsbereit. Es ist Tatsache, daß die Türkei viel zur Unterstützung der Armee getan hat, daß sie es verstanden hat, sich neue Geschütze und Munition zu verschaffen. Wie der moralische Zustand der Truppen ist, das muß sich erst zeigen. Woran es aber unbedingt fehlt, das ist das Geld. Seit März ist das Gehalt der Beamten nicht gezahlt worden. Heute beginnt die Auszahlung des Gehalts für März, für April werden nur noch die kleineren Beträge gezahlt werden. Von der Anleihe, die die Stadt Konstantinopel in aller Eile bei der französischen Finanzgruppe Périer abgeschlossen hatte, wollte der Staat 199 000 türkische Pfund sofort an sich nehmen und zwar als Rückzahlung der Schuld der Stadt an den Staatschatz. Allein die Banken erhoben Schwierigkeiten bei der Einlösung der vom Bankhaus Périer ausgestellten Schecks. Es heißt nunmehr sogar, daß die ganze Anleihe in Frage gestellt ist. Sollte es zu einem Bündnis mit Einschluß der Türkei kommen, so werden die Verbündeten vor allem dafür sorgen müssen, daß die Türkei Geld kriegt, — denn ohne dieses kann sie sich nicht bewegen.

Vom Kriegsjahresplan wird gemeldet, daß die Türken vor Adrianopel angekommen sind. Aus Konstantinopel, 19. Juli, wird telegraphiert: Die türkischen Vortruppen, speziell die Kavallerie, sind in der Nähe von Adrianopel angelangt. Es wird aber erklärt, daß man vorläufig nicht beabsichtigt, Adrianopel wieder zu besetzen. Allerdings werde man sich auch nicht mehr an die Linie Enos-Midia halten. Die Regierung ist fest entschlossen, sich eine stark vorgeschobene günstige geographische und strategische Grenze zu sichern, gleichgültig, ob sich dagegen Widerspruch erheben sollte.

Eine größere Schlacht, die für die Bulgaren ungünstlich verlief, hat auf bulgarischem Gebiete bei Kistendil gewütet. Belgrader Meldungen besagen darüber: Belgrad, den 20. Juli. Seit gestern mittag wütet ein heftiger Kampf bei Kistendil, der heute fortgesetzt wurde und mit einer furchtbaren Niederlage der Bulgaren endete. Die Serben haben Kula und Wehadin eingenommen. Durch diese niedermetzende Niederlage veranlaßt, haben sich die Bulgaren zur sofortigen Entsendung von Friedensbelegierten nach Nizza bereit erklärt. Schon morgen begeben sich der frühere Kriegsminister Paprikow, der Minister Swatoschow und der russische Militär-Attaché nach Nizza, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Athen, den 20. Juli. Wie das Kriegsministerium mitteilt, wurden die feindlichen Streitkräfte, die sich aus Demir Hisar zurückgezogen hatten und die aus dem größten Teil der 3. und 11. Division bestanden, von einer griechischen Division in tagelangen erbitterten Kämpfen bis Nevrotop zurückgeschlagen. Dort verteidigte der Feind, immer noch 12 bis 16 Bataillone stark, mit etwa 12 Kanonen hartnäckig seinen letzten Zufluchtsort. Die Schlacht dauerte sechs Stunden und fand bei strömendem Regen statt. Vor den stürmischen Angriffen der griechischen Division mußte sich der Feind zur regellosen Flucht wenden. Die Griechen nahmen sechs Kanonen mit Munition. Trotz des strömenden Regens wurde die Verfolgung die ganze Nacht durchgeführt und hält auch heute noch an. Der Feind ließ Kanonen, Waffen und Munition zurück. Der Sieg war vollständig. Auf ihrer überlängten Flucht fanden die Bulgaren noch Zeit, Däfer, Brücken und Wege zu zerstören, um die Verfolgung der Griechen aufzuhalten. Die Griechen blieben aber nichtsdestoweniger dem Feinde auf den Fersen.

Die Ausichten auf einen baldigen Frieden sind nur sehr gering.

China. Die chinesische Revolution. Wie die Kantoner chinesische Presse meldet, hat der Generalgouverneur von Kan-

ton erklärt, der Provinzialrat habe ihn zum Generalgouverneur und zum Oberbefehlshaber der Truppen ernannt, die er gegen Juanshikai führen werde, da dieser mit seiner Handlungsweise die Republik ins Verderben bringe. Die Proklamation sagt den Schutz des Eigentums in der Provinz zu und spricht die Trennung Kantons von der Zentralregierung aus. Der Geschäftsvortrag mit Kanton fließt vollständig.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 21. Juli.

Die Volksfestversammlung der Lübecker Bürgerschaft, die heute vormittag abgehalten wurde, sah nur ein mäßig besetztes Haus und fast leere Tribünen. Das ist das gewöhnliche Bild dieser verfassungsmäßigen Sitzung, um die sich allmählich in der Bevölkerung mancherlei Bedenken gewoben haben. Die Beratung der ersten Senatsanträge, die nicht von größerer Bedeutung waren, ging ziemlich flott von statten; einige wurden debattelos, andere ohne wesentliche Erörterung angenommen. Die vom Senat beantragte Erhöhung des Staatszuschusses an die v. Großheimische Realschule gab Genossen Dr. Schlomer Veranlassung, für die Verstaatlichung dieser Schule einzutreten, die beinahe jährlich sich erhöhende Leistungen vom Staate beansprucht. Der jetzige Zustand ist nach unserer Meinung allmählich unhaltbar geworden; deshalb stimmte unsere Fraktion diesmal gegen den Senatsantrag.

Genosse Hoff beantragte bei der Senatsvorlage auf Gewährung einer Altersunterstützung an eine ältere hiesige Lehrerin, daß diese Unterstützung nicht um eine etwaige Alters- oder Invalidenrente gekürzt werden soll, wie das leider vom Senat auch wieder in diesem Falle geplant worden ist. Der Antrag Hoff wurde jedoch abgelehnt, ebenso ein Antrag Klein auf Erhöhung der vom Senat beantragten Unterstützung um 100 M jährlich. Ein Versuch, die Senatsvorlage zur zweiten Lesung zu bringen, mißlang.

Zu einer langen Aussprache führte die vom Senat beantragte Ordnung der Schulverhältnisse im Eingemeindungsgebiet. Es wurden namentlich von Bada-Schlutup, Genossen Dr. Schlomer und einer Reihe anderer Bürgerchaftsmitglieder Bedenken gegen die in Aussicht genommene Ordnung zum Vortrag gebracht, sodas die Verweisung des gesamten Senatsantrages an eine Kommission, die beschloffen wurde, nur als gerechtfertigt erscheint. Die gleiche Kommission soll auch prüfen ob und wie eine Erhöhung der Stellenzulage für die Bezirksschullehrer der größeren Bezirksschulen vorzunehmen ist.

Die Einführung der Schulpflicht für Schwachbefähigte und Errichtung einer zweiten Hilfsschule bildete den wichtigsten Gegenstand der heutigen Bürgerchaftstagesordnung. Es muß begrüßt werden, daß von der Schulbehörde nunmehr Schritte unternommen werden sollen, die sowohl im Interesse der Schwachbefähigten als auch der normalen Kinder unseres Volkes dringend erwünscht sind. Genosse Dr. Schlomer trat in großangelegter Rede warm für die Senatsvorlage ein, die von der Bürgerausschußkommission und dem Bürgerausschuß arg verwässert worden war. Den Standpunkt des Bürgerausschusses vertraten hauptsächlich Schulmerich, Becker und Dr. Ziehl während Herr A. Pape zunächst den Standpunkt der Oberschulbehörde teilte, aber im entscheidenden Punkte, nämlich bei der Einführung der Schulpflicht, versagte.

Wegen Eintritt der Beschlußunfähigkeit mußten die Beratungen kurz vor 1½ Uhr abgebrochen werden, ohne daß eine Entscheidung über die Senatsvorlage erfolgen konnte.

Das Volksfest, wie die von hiesigen bürgerlichen Korporationen veranstaltete Festlichkeit betitelt ist, die alljährlich Mitte Juli auf dem Burgfelde begangen wird, nahm gestern mittag mit dem üblichen Festzug offiziell seinen Anfang. Ganz richtig ist es allerdings nicht, wenn man als Beginn dieses Jahrmärktens den Sonntag mittag bezeichnet, denn bereits am Sonnabend abend waren die meisten Trinkzettel, Belustigungslokale, Würfelsbuden usw. auf dem Burgfelde zur Benutzung durch das Publikum geöffnet, das auch ziemlich zahlreich dort herumshawerte. Der Festzug trägt ungefähr das gleiche Gesicht wie in früheren Jahren, wenn man davon abseht, daß diesmal auch der östliche Teil des Burgfeldes mit Zelten bedeckt ist und sich auf dem südlichen Teil eine umfangreiche Figur-S-Bahn sowie ein kleines Karussell breit machen, die sonst stets auf die Nordseite verwiesen wurden. Der Festzug, der seine Glanzzeit — als sich die Gewerkschaften noch daran beteiligten — längst hinter sich hat, fiel gestern besonders fleißig aus. Keine charakteristische Gruppe, nicht einmal die Träger und die Schornsteinfeger, konnte man darin bemerken. Die Leitung des Festes hat es eben verstanden, diesem den Anstrich einer pseudopatriotischen Demonstration zu geben, und daran teilzunehmen ist begreiflicherweise nicht nach jedermanns Geschmack. Ja, wenn es ein wirkliches Volksfest wäre, nur dazu arrangiert, dem Volke einige Stunden froher, ungezwungener Geselligkeit zu bieten! Das ist es längst nicht mehr. Das Wetter war dem Volksfest nicht sonderlich günstig; Regenschauer wechselten mit Sonnenschein ab. Um lange im Freien sitzen zu können, fehlte die warme Temperatur. Nichtsdestoweniger war das Burgfeld am Sonntag das Ziel riesiger Menschenmassen, die sich dort in drangvoll-fürchterlicher Enge durcheinanderschoben und sich auf ihre Weise, so gut es ging, vergnügten.

Nationalismus und Sport. Der bürgerliche Sport hatte in Deutschland bisher eins vor dem bürgerlichen Turnen voraus, er lebte nicht von marktfrischerem Patriotismus. Das soll nun auch anders werden, es muß vielmehr anders werden, weil die Arbeiterchaft auch auf seinem Gebiet zur Selbständigkeit erwaht ist. Solange der Sport keine Klassenegensätze zu überwinden hatte, weil ihm die Arbeiterkonkurrenz fehlte, konnte er es sich leisten, über den Parteien zu stehen und mit einer gewissen Vornehmheit auf die „vaterländischen“ Turner herabzublicken. Dieses schöne Verhältnis ist zunächst vom Jungdeutscherbund gestört worden, der eine echte Frucht des neudeutschen Imperialismus ist. Den Verbänden dieses Bundes konnten die Sportverbände nicht widerstehen, weil ihnen sonst der Platz an der staatlichen Futterkrippe entzogen worden wäre. Diejenige Schandtat ist ja auch die Turnerchaft zum Opfer gefallen, die sich nur jähnekränzend unter die Oberhoheit des Bundes begeben hat. Die Gründer des Jungdeutscherbundes haben sehr wohl gewußt, daß ein Einjagen der verschiedensten Verbände mit schönen Worten und nationalen Phrasen unmöglich sein würde und sie haben sich deshalb von vornherein die Verfügung über den staatlichen

Unterstützungsfonds gesichert. Die Herren waren vermöge ihrer sozialen Stellung als Vertrauensleute der Armee leicht in der Lage, diese Verfügung zu erlangen.

Für die Sportverbände heißt es nun: Mit gefangen, mit gehalten! Die Folgen werden sie bald zu spüren bekommen. In allen Gegenden des Reichs sind schon jetzt Abspaltungserfolge, besonders hat der Fußballbund darunter gelitten. Wenn nun die Arbeiterpartei aus den Kinderkramereien heraus ist, wenn sie ihre Organisation vornehmlich in unserm Lande vollkommen ausgebildet haben wird, dann entbrennt der Streit noch in ganz anderer Weise. Bald werden dann die Gegenläufe nicht minder schaff sein, wie unter den Turnern. Je schärfer aber dieser Kampf sich ausweicht, um so tiefer werden die bürgerlichen Verbände im nationalen Phrasenmeer versinken.

Die mit dynastischem Pomp vor sich gegangene Stadion-einweihung in Berlin hat eine treffliche Probe dieser Entwertung geliefert. Und wenn man die schauerlich-schönen Berichte der bürgerlichen Sportpresse über die Feier liest, dann weiß man nicht, was noch werden mag.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß es dem Sport dank seiner hohen Protektion gelungen ist, die Gunst der Hohenzollern zu gewinnen, sehr zum Ärger der Deutschen Turnerchaft, die sich den Mund wischen mußte. Sie hat es eben nicht vermocht, so gute Staffspieler, wie den Herrn v. Poddelski für sich einzufangen. In dieser Not hat sich die Turnerchaft nach anderer Hilfe umgesehen und sie auch gefunden. Wie vor einiger Zeit von uns berichtet wurde, ist in Leipzig der deutsche Kampfsportbund geschaffen worden, der sich um das in Leipzig vor dem Büferschladtenmal zu errichtende Stadion oder Kampfbahn, wie es nach einem Vorschlage im Stadtverordnetenbegehren heißen soll, gruppiert. Der Bund steht mit der Deutschen Turnerchaft in sehr enger Verbindung, der alte Goek ist mit dabei und noch einige andere Leute aus der Turnerchaft. Jedem Kenner ist es bekannt, daß dieser Kampfsportbund in einem Gegensatz zur Deutschen Sportbehörde steht, dafür aber der Deutschen Turnerchaft eine Unterstellung im deutschen Sportleben zu sichern sucht. Der vorhandene Gegensatz ist vorläufig noch latent, weil die Kampfbahn noch gar nicht vorhanden ist und auch erst beim nächsten nationalen Gedanktag ihre sogenannte Weihe bekommen kann. Für den Jahrhunderttrümmel reichte die Zeit nicht mehr, weil die Patrioten zu spät aufgefunden waren, so daß denn die fünfzigste Wiederkehr des Tages der Schlacht von Sedan zum Anlaß genommen werden. Ob man in der Tat so lange mit der Fertigstellung warten will, steht noch nicht fest, aber einen nationalen Gedanktag braucht man dazu, sonst ist die ganze Sache überhaupt für die Nahe.

Ob dieser Gosenparkbund, bei dessen Taufe ein Chorus nationaler Greise Parte stand, dem Sport fühlbaren Schaden zufügen kann, das kann billig in Zweifel gezogen werden. Wir glauben nicht daran. Solange dem Sport die Gunst der Hohenzollern laßt, bleibt der Leipziger Rivale ein kleines Philisterrchen mit kleinbürgerlicher Sebanbegeisterung. Aber in einer Richtung wird der Bund eine Einwirkung auf den Sport haben, er wird, während die Arbeiter von links drängen, von rechts schieben und somit den Sport dem Nationalismus noch weiter in die Arme treiben.

So sind die Tage des Sports in nächster Zukunft sicher keine Tage der Rosen, trotz der Gnadenonne der Hohenzollern. Die Welt wird das nicht zu bedauern haben, es kann nur zum Nutzen des Fortschritts ausfallen, wenn die natürliche Scheidung zwischen den ringenden Parteien beschleunigt wird. Der bürgerliche Sport kann seinem Schicksal nicht dauernd entgehen, einmal muß er durchs rote Meer, deshalb lieber früher wie später.

Für uns ergibt sich aus der Klärung die Notwendigkeit, mit allen Kräften unser Rüstzeug zu verkleinern. Wir müssen mit dem Feuerfeuer der Jugend an der Ausbreitung unserer sportlichen Ideale tätig sein. Alle Vereine müssen ausgerückt, alle Kräfte mobil gemacht werden, damit in günstiger Stunde alle Schmiebe unseres Glücks am Umboß stehen. (Arbeiter-Turnzeitung.)

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurden 2 Händler, die sich auf dem hiesigen Volksfest einer Gewerbetrompation, ein Handlungsgehilfe, der sich des Betruges zum Nachteil verschiedener Geschäftsleute und ein Kellner, der sich des Diebstahls schuldig gemacht hatte; außerdem ein Händler, der zwecks Verhütung einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr von der Staatsanwaltschaft Hamburg flechtbrieflich verfolgt wurde.

pb. Fahrraddiebstahl. Am Sonnabend, dem 19. d. Mts., wurde auf dem Marktplatz ein Fahrrad, Marke „Walfire“, mit der Polizei-Nr. 16 095, gestohlen. An dem Rade befinden sich neue Schutzbleche und neue Pedale mit Fußhaltern.

Singlingsfürsorgestelle III. Die nächste Sprechstunde findet am Dienstag von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Langer Lohberg 6—8 statt.

Sommertheater in den Stadshallen. Trotz des Volksfestfeiertags war „Hilmszauber“ gestern wieder fast ausverkauft und wird dieser Operettenklager Mittwoch wiederholt. Donnerstags spielt Dr. Albert den Strieff in „Kraus der Sabinerinnen“ und Freitag wird der Poffenschlager „Polnische Wirtschaft“ neu einstudiert gegeben. Die Hauptrollen spielen die Damen Klerwin, Olga Renner, Felicia Poffel, Magda Reichardt und die Herren Jul. Seydewitz, Hans Wallis, Otto Borgel und Friedr. Ambronn.

Segeberg. Bäckermeister und der Genossenschaftsgedanke. Auch die Bäckermeister gehören zu jener sonderbaren Art von Menschen, die sich selbst etwas gönnen, was ihnen, sofern es ein anderer besitzt, Schmerzen verursacht. Auf dem Verbandstage des Zweigverbandes Nord des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen, der kürzlich zu Segeberg (Holstein) stattfand, sprach man auch über das Thema: Gemeinschaftlicher Gesebezug, Einkaufsgenossenschaften als praktische Mittel gegen Konsum- und Beamtenkonsumvereine. Der Referent zu diesem Thema verlangte bringen die Bildung von Einkaufsgenossenschaften, deren Nützlichkeit er mit dem durch die Konsumvereine erzielten wirtschaftlichen Nutzen begründete. Die Errichtung von Einkaufsgenossenschaften für die Bäcker sei aber auch deshalb notwendig, weil damit ein Feld geschaffen werde, auf dem die Bäckermeister mit gleichen Mitteln wie die Konsumvereine kämpfen könnten.

Der Korreferent zu diesem Thema gab seinen Kollegen zu bedenken, mit welcher Macht die Konsumvereine arbeiten. Er empfahl ebenfalls die Bildung von Einkaufsgenossenschaften. In Kiel bestche die Konsumvereinsbäcker erst seit ein paar Jahren, aber trotzdem habe sie im letzten Jahre schon einen Umsatz von 800 000 M. gehabt. Und dann legte er im gleichen Augenblick, in dem er den Genossenschaftsgedanken in den Dienst der Bäckermeister gestellt wissen wollte, folgende Resolution vor:

Der 26. Verbandstag des Zweigverbandes Nord eroblickt in der weiteren Ausdehnung der Konsum- und Produktionsgenossenschaften und namentlich in der in vielen dieser Vereine betriebenen sozialdemokratischen Agitation eine schwere Gefahr für den gewerbetreibenden Mittelstand und namentlich des Bäckergewerbes. Der Verbandstag ersucht deshalb den geschäftsführenden Vorstand des Zentralverbandes „Germania“, mit Energie dahin wirken zu

wollen, daß obengenannte Vereine mit einer wirksamen progressiven Umsatzsteuer besteuert werden.
 Man gewinnt den Eindruck, als läme den Bäckermeistern das Widerprüchsvolle ihrer Handlungsweise gar nicht zum Bewußtsein. Keinem Konsumgenossenschaftler würde es einfallen, den genossenschaftlichen Bestrebungen der Bäckermeister das zu wünschen, was die Bäckermeister den Konsumvereinen gönnen: möglicherweise das völlige Verschwinden aus dem Wirtschaftsleben. Mögen sich doch die Bäckermeister so sehr genossenschaftlich zusammenschließen, als es immer möglich ist; dann soll man aber auch schon deshalb nicht progressive Umsatzsteuer für Konsumgenossenschaften verlangen, um nicht in Gefahr zu geraten, einmal selbst in der eigenen Schlinge gefangen zu werden.

Altona. Verhaftung eines Wechselfälschers. Hier wurde der Generalagent der Gothaer Lebensversicherungsbank, Kelting, wegen schwerer Betrügereien und Wechselfälschungen verhaftet.

Neumünster. Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich am Sonntag nachmittag im Seebade Einfeld, wobei vom Gau IV Schleswig-Holstein ein Gau-Werbe-Schwimmfest veranstaltet wurde. Beim Strecken-Tauchen erkrankte der 21-jährige Kaufmann R. Spethmann vom Altonaer Schwimmverein. Es wird angenommen, daß Spethmann zu lange Zeit getaucht hat und dann, weil er herzleidend, einem Herzschlag erlag. Das Schwimmfest wurde nach dem Unfall sofort abgebrochen.

Kiel. Zwei junge Leute ertranken. Auf einem Ausflug nach dem östlichen Holstein ertranken ist der Student Niemann von hier und Fräulein Coste, Tochter des hiesigen Drogeristen Coste, in dessen Familie Niemann Nachhilfestunden erteilte. Unter Zustimmung der Eltern fuhren die beiden jungen Leute am Donnerstag morgen mit der Bahn nach dem Behler See zwischen den Stationen Nischenberg und Gremismühlen. Dort wurden die beiden am Donnerstag abend noch in einem Ruderboot auf dem See beobachtet. Am Freitag wurde das Boot ohne Insassen treibend gefunden. Ein Unglücksfall ist zweifellos. Wie man annimmt, ist das junge Mädchen beim Nüchtern von Seerosen, von denen eine ganze Anzahl neben Kleidungsstücken und Ansichtspostarten noch im Boot aufgefunden wurden, über Bord gefallen. Niemann ist ihr dann nachgeplungen und beide sind im Gewirt von Seerosen und

anderen Wasserpflanzen ertrunken. Die beiderseitigen Eltern fuhren noch am Freitag abend zur Unfallstelle und ließen nach den Leichen suchen, die jedoch bisher nicht gefunden wurden.

Stade. Vier Arbeiter im Schlamm erstickt. In dem Dorfe Hemmoor an der Oite in der Provinz Hannover ereignete sich, wie das „Stader Tageblatt“ meldet, ein schwerer Unglücksfall. In der dortigen Portlandzementfabrik brach gestern infolge starker Regenfälle die Betonmauer eines mit Zementschlamm gefüllten Bassins, wobei der Schlamm in die Baugrube drang und die dort beschäftigten vier Arbeiter überraschte. Trotz sofortiger energischer Rettungsarbeiten konnten sie nicht mehr aus dem Schlamm befreit werden und ertranken. Die Leichen wurden geborgen.

Selgoland. Schwerer Unglücksfall. Infolge einer plötzlich eintreffenden See geriet heute ein Motorboot unter den Radlasten eines Dampfers. Eine Dame, die sich mit ihrem Mann und ihren beiden Töchtern an Land begab, wurde tödlich verletzt. Die Leiche wurde hier gelandet.

Theater und Musik.

Sommertheater in den Stadthallen. Hermann Sudermann hat durch sein neuestes Schauspiel „Der gute Ruf“ seinen Ruf als dramatischer Dichter nicht verbessert. Im Gegenteil; er zeigt darin noch deutlicher als in den meisten seiner bisherigen Stücke, daß er nur der Mann der mehr oder minder geschickt verwandten theatralischen Effekte ist, der nebenbei auch mit einigen schillernden Sätzen und wirksamen Bonmots über die innere Hohlheit seines Schauspiels und den Mangel an echter dramatischer Kraft hinwegzutäuschen bestrebt ist. Bei einem Teil des Publikums, das leicht Talmi für echtes Gold nimmt, gelingt ihm das auch, der andere Teil merkt den Braten und langweilt sich, weil sein Empfinden kalt bleibt. „Der gute Ruf“ spielt in der sogenannten guten Gesellschaft von Berlin W. — das ist jene Gesellschaft, die auf Kosten der Arbeiterschaft ein Drogenleben führt und den Genuß von Weib und Wein für den würdigsten und einzigen Daseinszweck ihrer Glieder hält. Sudermann kennt sich aus in dieser Gesellschaft und manche der von ihm gezeichneten Gestalten sind gewiß von Fleisch und Blut. Der Kommerzienrat Weißegger, der mit seinen Ge-

schaftsfreunden ein Syndikat bildet, in gewissenloser Weise seinen Konkurrenten, der sich ihm nicht fügen will, zerschmettert und dann hinterher noch seine Arbeitskraft ausbeutet, gehört sicherlich nicht in das Reich der Erfindungen; ebenso wenig dessen liebebedürftige Frau, die den älteren, klapperigen Mann mit einem jungen Nachtschwärmer und Nichtstuer, der bei allen Damen dieser guten Gesellschaft Hahn im Korbe ist, betriegt. Weniger wahrheitslieblich ist schon die Baronin Lanna, Gattin eines moralisch verlumpten Kavallerieoffiziers a. D., die ihren guten Ruf preisgibt, um den ihrer Freundin, eben der Frau Kommerzienrat, zu schmeicheln. Im Schimpf gedeihen kaum derartige Pflanzchen. Zudem ist ihre ganze Handlungsweise außerordentlich ungenügend motiviert. Schließlich endet die ganze Sache recht friedlich, nur etwas spät, denn die Uhr kündigt am Sonnabend im Stadthallen-Theater bald die mitternächtliche Stunde.

Die Aufführung des Schauspiels „Der gute Ruf“ an unserer Sommerbühne war noch nicht in allen Teilen ausgeglichen. Eine von lebendiger Gestaltungskraft zeugende Leistung bot Fräulein Reichardt als Baronin Lanna. Die junge Künstlerin hat gefunden Instinkt für die festumrissene Zeichnung des von ihr wiedergegebenen Charakters. Frau Bally ist eine tüchtige und vielseitige Schauspielerin, die niemals eine Rolle verdirbt; die noch immer jugendliche und verliebte Kommerzienrätin Weißegger lag ihr jedoch nicht recht, sowohl was die Figur als auch was ihr Wesen anlangt. Jamos gab Herr Hoff den Baron Lanna. Wenn Herr Göbel seine Rolle besser gelernt und namentlich im ersten Aufzug sich größerer Deutlichkeit in der Aussprache bestreift hätte, so würde das für die Wirkung des Ganzen nur von Vorteil gewesen sein. Die Vertreter der übrigen Rollen waren mit mehr oder weniger Erfolg um ihre Aufgabe bemüht. Die Aufnahme, welche „Der gute Ruf“ in Lübeck fand, war nicht sehr enthusiastisch. P. L.

Briefkasten.

G. Gnebersdorf. Die Invalidenbeiträge werden nicht mehr zurückgezahlt, wenn die Versicherte verstorben.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bertani 5613
lebender Butt
 am Dienstag,
 dem 22. Juli 1913
 vormittags von 8 Uhr ab
 an der
Dankwartsbrücke,
 und
Sütertortorbrücke.

Todesanzeige.
 In der Nacht auf Sonntag ent-
 schlief sanft nach langem schweren
 Leiden mein lieber Mann
Robert Pinkert
 im Alter von 56 Jahren.
 Die Einäscherung findet am Mitt-
 woch nachmittag 3 Uhr im Kremato-
 rium zu Vorwerk statt. (5616)
 Schwartau, den 21. Mai 1913.
Frau M. Pinkert Ww.

**Sozialdemokratischer Verein
 Schwartau-Rensefeld.**

Nachruf.
 In der Nacht zum Sonntag starb
 unser Genosse
Robert Pinkert.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Einäscherung findet am Mitt-
 woch nachmittag 3 Uhr im Kremato-
 rium in Vorwerk statt. (5617)
Der Vorstand.

Gedenkblatt
 zur 50-jährigen Jubiläumsfeier der sozial-
 demokratischen Partei Deutschlands.
 Preis 60 Pfg.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung von
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46
 und deren Kolporteurs.

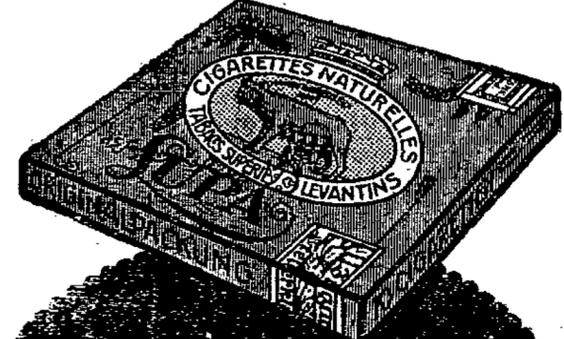
Unsere Gesellschaftsspiele
 haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der
 beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend
 sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.
 Preis 60 Pfg., Nr. 1. — und Nr. 1.80.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Meinen werten Kollegen und
 Mitarbeitern der Firma **Torkuhl**
 für bewiesene Unterstützung unsern
 besten Dank. (5615)
W. Jupke und Frau.
Plakate
 betr.
 Verordnung des Medizinal-
 amts vom 11. Juli 1910
 bezügl. Feilhalten von Nah-
 rungs- und Genußmitteln
 sind zum Preise von 30 Pfg.
 per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
 Barne Tüster Käse per Pfd. 20 und
 30 Pfg. Limburger Käse ca. ¼ Pfd.
 Stück 15 Pfg. (5499)
 Stäfelager Schlumacherstraße 12.

Bestes
Ragoda Schnell-
 Mittel Wasch-
 Ohne Chlor.
 Garantiert unschädlich.
 Schärferweisse Wäsche.
 Überall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
 Zur Einführung bis Ende 1914
 gegen ausgeschn. Gutscheine von
 5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder
 1 Schere usw. (1823)
 10 „ 1 echt silb. Kollier, 3 Ne-
 silber-EBlößel usw.

Leere Farbetonnen
 vorräthig.
Expedition d. „Lüb. Volkshoten“.

Ein Sieg
 der deutschen Industrie!



LUPA
 Cigarettes

2 Pfg. das Stück

Oriental Tabak u. Cigarettenfabrik
 Inh. Hugo Ziesz
 Königs u. Sachsen
 4896

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden
 und seine Bücherei auf billigste
 Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
 dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
 (Sitz Stuttgart) bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80
 (dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch
 die Post d. Porto) erhält man kostenlos:
 1. die reichillustrierten Monatshefte
Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde
 mit den Beiblättern:
 Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photo-
 graphie und Naturwissenschaft — Technik und
 Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld —
 Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
 2. Anskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
 Büchern, Mikroskopen, u. Vorträgen u. Kursen etc.
 3. ohne jede Nachzahlung
fünf wertvolle Bücher
 erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche,
 Festländer und Meere; Dr. K. Floercke, Einheim.
 Fische; Dr. Ad. Koelich, Der blühende See; Dr.
 H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A.
 Zart, Atome und Moleküle.
Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede
 Buchhandlung entgegen,
 wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.
 Probehefte und Prospekte postfrei!

Gewerkschaftsfest.
 Diejenigen, welche auf
 dem Festplatz in Israelsdorf
 mit Lebens- und Genuß-
 mitteln oder Ansichtspost-
 karten ausstehen oder han-
 deln wollen, müssen sich
 bis **Mittwoch, 30. d. Mts.,**
 melden. Auch solche Per-
 sonen, welche eine Zapf-
 stelle von Herrn Wiese
 übernehmen wollen, müssen
 sich bis zum **2. August**
 d. J. schriftlich mit Angabe
 ihrer genauen Adresse beim
 Komitee, Johannisstraße
 50-52, melden.
 Die Meldungen zu den
 Zapfstellen sind den Gewerk-
 schaftsvorständen vorzule-
 gen und von diesen zu unter-
 stempeln.
 Gleichzeitig ist von den
 Vorständen längere Arbeits-
 losigkeit oder Krankheit des
 sich Meldenden zu bestätigen.
Das Komitee.
 5619)

**Deutscher
 Transportarbeiterverband**
 Zahlstelle Lübeck.
 Umständehalber findet die
 gemeinschaftliche Mitglieder-
 versammlung nicht am 22.
 Juli 1913 statt.
 Die Versammlung findet
 am **Mittwoch, dem 30. Juli**
 statt.
 5614) **Der Vorstand.**
Lübecker Sommer-Theater
 i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
 Dienstag, den 22. Juli:
 Der gute Ruf.
 Mittwoch, den 23. Juli:
 Zum letzten Male:
FILM ZAUBER.
 Donnerstag, den 24. Juli:
 Auf vielseitiges Verlangen:
Der Raub der Sabinerinnen.
 Freitag, den 25. Juli:
 Der Waisensänger.
Polnische Wirtschaff.
 Margta: Gab. Alwin. Grifa: Olga
 Renner. Mangelshart: F. Henke.
 5618) Anfang stets 8¼ Uhr.

Die Fremdenlegion.

Sie wird mehr und mehr zu einer chronischen deutsch-französischen Gefahr, diese Legion étrangère. Seit im Jahre 1907 zur Zeit der Marokkohändel die Affäre der Deserteure von Casablanca die beiden Länder auf Messerschnäde einem Kriege nahebrachte, rissen die deutsch-französischen Beziehungen trübenden Legionsgeschichten nicht ab. In neuester Zeit war es die abenteuerliche Anwerbung des Bürgermeisters Trömel und die Erschießung des Legionärs Hans Müller, die wieder viel von sich reden machten.

Der Fall Trömel steht in der Legionsgeschichte nicht oereinzelt da. Die Zahl der seelisch oder gesellschaftlich aus der Bahn geschleuderten Intellektuellen, die in der Legion untertauchen, ist sehr groß. Und was den erschossenen Hans Müller anbetrifft, dessen Blut laut Kriegsgesichtsurteil in Udscha den ostmarokkanischen Sand rot färbte, so war er ein Opfer jener wahnsinnig barbarischen Kriegsgerechtigkeit, die in allen Ländern, auch in Deutschland, sogenannte Meuterei vor dem Feinde mit dem Tode durch Pulver und Blei bestraft. Ein Fall so brutal und grausam wie etwa — das Erfurter Schreckensurteil; ein Fall, der wirklich nicht noch der Sensationsmache irgendeines geriebenen Zeilenreißers bedürft hätte, der den unglücklichen Schweizer Hans Müller zu einem minderjährigen Deutschen machte, der die gebeugten Eltern zwei Stunden vor der Hinrichtung nach Oran kommen ließ und so weiter. Nur schade, daß die Eltern bis heute noch nicht gefunden werden konnten, trotz behördlicher Bemühungen.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Fremdenlegion ist ohne weiteres gegeben. Wir, als erbitterte Feinde des Militarismus und Anhänger der Milizidee, sind eo ipso Gegner einer Söldnertruppe. Unser Kampf gegen die koloniale Raubpolitik schließt ohne weiteres den entschiedenen Kampf gegen die giftigste Blüte des Kolonialmilitarismus, die kolonialen Fremdentruppen in sich. Wir rufen lauter als alle deutschen Patrioten: Fort mit der Legion, fort mit dem ganzen militärischen System, dem diese Soldatenhölle ihr Dasein verdankt! Es wird sich vielleicht notwendig machen, daß sich die deutsche und französische Sozialdemokratie über eine gemeinsame Aktion gegen die Fremdenlegion verständigt, daß sich vielleicht ein internationaler Sozialistenkongreß mit ihr beschäftigt, da die Eigenart dieser Truppe in gespannten politischen Situationen nur zu leicht Anlaß zu Konflikten geben kann.

Der Kampf, den das bürgerliche Deutschland gegen die Fremdenlegion führt, gebärdet sich geräuschvoll genug. Vereine mit hohen Gönnern haben sich gegen die Legion gebildet, in Schulen und Kasernen wird mit Eifer ein Abschredungsfeldzug inszeniert und die Zeitungen und Buchhändler machen mit der Legionsvernichtung ein einträgliches Geschäft. Der Büchermarkt ist überschwemmt mit Legionärerzählungen. Manches Wahre darin wird überwuchert von Ubertreibungen und von einer die legionsfeindliche Konjunktur auszunutzen nationalstischen Tendenzmache. Das literarisch Beste, was in den letzten Jahren über die Legion geschrieben wurde, ist „das Buch von Erwin Rosen. Der Mann sah aber nur einige Monate in Sid-el-Abbes bei einer Depotkompagnie des ersten Fremdenregiments. Vom eigentlichen Feldzugsleben des Legionärs in Marokko, Ostafrika usw. hat er nichts aus eigener Erfahrung kennen gelernt. Er kolportiert daher eine gute Portion Legionsklatsch, der

noch üppiger wuchert als der „Rüstenklatsch“ in unseren Kolonien.

So muß denn dieser Kampf gegen die Fremdenlegion nur auf der Oberfläche bleiben, denn mit etwas gutem Willen und sehr viel nationalem Pharisäertum, verbunden mit einer Dosis chauvinistischer Hegelelüste, legt man nicht die Art an die Wurzel des Legionsübels.

Dieser seit einigen Jahren mit Halbheit und Unehrlichkeit geführte Kampf hat die Reihen der Legion noch nicht gelichtet. Noch immer setzen sich junge Deutsche den Angeln der Marokkaner aus, noch immer stehen Landsleute von uns Posten im fieberschwangeren tonkinesischen Urwald.

Man schreibt soviel über das Unwesen französischer Werber für die Fremdenlegion. Aber wieviel gerichtliche Beurteilungen solcher angeblichen Werber sind denn erfolgt, von deren Verfassung immer wieder berichtet wird? Der Fall eines Tüchtigtums von Handlungsgehilfen in Frankfurt a. M., der dieser Tage verurteilt wurde, liegt wirklich nicht so klar, daß man daraus auf eine systematische Werbetätigkeit der französischen Behörden schließen könnte.

Nein, der beste Werber für die Fremdenlegion war und ist die deutsche Kasernenroheit und unser grausames militärisches Strafsystem. Es sind nicht immer die schlechtesten Soldaten, die in einer Stunde der Verwirrung und aus Furcht vor Strafe über die Grenze gehen und sich zur Legion anwerben lassen. Sie kommen meist aus dem Regen in die Traufe, und wissen das sogar, aber die Angst vor der Schinderei beim preußischen Kommiß ist stärker als der Legionschrecken.

Unsere neue Wehrvorlage, die Zehntausende von Rekruten mehr in die Kaserne zwängt, ohne auch nur das mindeste an der Brutalität des Prinzips des militärischen Kadavergehorsams zu ändern, wird die Zahl der Legionsanwärter ganz erheblich vermehren. Der durch die Wehrvorlage in Frankreich ausgelöste Hüftungsstiller wird die Militaristen jenseits der Bogen aber auch mehr als bisher an der Legion festhalten lassen, die auf verlorenem Posten stehend, Zehntausende von Landeskindern erspart. So arbeiten sich auch hier die Militaristen beider Länder in die Hände.

Zahlreiche junge Elsaß-Lothringer wurden und werden durch den preußischen Korporals- und Polizeigeist, der in den Reichslanden dominiert, in die Legion getrieben. Das „In-Scherben-Schlagen der elsäß-lothringischen Verfassung“ wird auch nicht gerade abschreckend wirken.

Junge Elsässer aus bürgerlichen Kreisen benutzen die Legion sogar als Sprungbrett für eine militärische Karriere. Männer, die die französische Kolonialgeschichte als Helden feiert und denen auch die deutsche militärische und koloniale Fachpresse Anerkennung zollt, so zum Beispiel der Oberst Moll und der Hauptmann Fiegenschuh, die vor einigen Jahren in Zentralafrika fielen, waren Elsässer und haben in der Fremdenlegion von der Pike an gedient. Dank der Exklusivität unserer Offizierskaste hätten sie es in einer königlich preußischen Kaserne im allergünstigsten Falle zum Feldwebel gebracht. Wenn man die „verdammten Franzosenköpfe“ überhaupt der Gefreitenknöpfe für würdig gehalten hätte.

Bei dieser Gelegenheit sei heiläufig eingeschaltet, daß man dem berühmten Afrikaforscher Gerhard Rohlfs nächstens ein Denkmal errichten will. Wird man sich dabei erinnern, daß Rohlfs erst durch seine Dienstzeit in der Fremdenlegion zur Afrikaforschung angeregt wurde?

Groß ist die Zahl der deutschen Handwerksburschen, die ohne den Umweg über die preußische Kaserne zur Fremdenlegion gehen. Die meisten zwingt der nagende Hunger auf den Weg zum Bureau de recrutement. Viele könnten dafür bezahlt werden, wenn unsere lieben Bourgeoislandsleute in Frankreich etwas mehr Mitleid und Hilfsbereitschaft zeigen wollten. Wir haben viele bittere Klagen solcher armer Teufel gehört, die von den deutschen Hilfsvereinen in den französischen Städten mit einigen armseligen Bettelpennigen abgepeift wurden und in ihrer Not schließlich doch den Werbeschein unterschreiben mußten.

Die meisten deutschen Fremdenlegionäre sind Opfer der sozialen, militärischen und politischen Zustände ihrer eigenen Heimat. Werden diese Ursachen beseitigt, werden sich nur noch wenige aus Leichtsinne oder Abenteuerlust das Legionskäppi auf den Kopf stülpen.

Wer durch die sozialistische Schule gegangen ist, wird sich von vornherein dafür bedanken, seine Haut einer der brutalsten militärischen Einrichtungen zu verkaufen, sich zum Werkzeug der kolonialen Raubpolitik zu machen. Die Erziehungsarbeit der proletarischen Jugendbewegung ist ein vortreffliches Hilfsmittel im Kampfe gegen die Fremdenlegion. Aber gerade diese Bewegung wird von denselben Leuten bekämpft und schikaniert, die angeblich der Legion zu Leibe gehen wollen. Ihr kurz-sichtigen Pharisäer! Mit eurer Begönnerung des wüsten Kriegsspielrummels eines Jungdeutschlandbundes tragt ihr ja nur zur Förderung des Landnechtsgeistes bei. Wir Sozialdemokraten als entschiedene und konsequente Bekämpfer des Militarismus können dagegen mit vollem Recht rufen: Nieder mit der Legion!

Reaktionäre Fälscherkunststücke.

Die reaktionäre Presse ist drauf und dran, das aufsehenerregende Zuchthausurteil gegen unsere Genossen Wetsholt und Hoffmann in Waldenburg für ihre niedrigen Zwecke auszubeuten. Das bekannte Berliner Schmutzblatt, die „Post“, hat, was Verdrehung des Sachverhalts und Verdächtigung der Sozialdemokratie betrifft, bereits Erstaunliches geleistet. Neuerdings gesellt sich zu diesem Typ der „Staatsverhaltenden“ Presse auch die „Kreuzzeitung“. Das Junferblatt macht sich das Gefasel des „Waldenburger Neuen Tageblatts“, des mit dem Gelde der Grubenmillonäre gegründeten Organs, zu eigen und behauptet schlafwagend, der Prozeß habe ergeben, daß das im Wahlkampf verbreitete Flugblatt „Offener Brief“ des früheren Plessischen Oberassistenten Gallasch gefälscht gewesen sei. Es braucht wohl nicht erst darauf hingewiesen zu werden, daß in den Verhandlungen gerade das Gegenteil bewiesen wurde. Es wurde vielmehr festgestellt, daß Gallasch vor den Reichstagswahlen zwei „Offene Briefe“ an die Redaktion der „Bergwacht“ richtete, mit dem Ersuchen, diese in der „Bergwacht“ zu veröffentlichen. Die Redaktion übergab die Briefe dem Wohlkomitee, das sich mit Gallasch in Verbindung setzte, worauf dieser, wie ebenfalls in der Schwurgerichtsverhandlung festgestellt wurde, den Genossen Osteroth ermächtigte, die Briefe als Flugblatt herauszugeben. Auch damit, daß unter das Flugblatt sein Name gesetzt wurde, erklärte sich Gallasch einverstanden. An den mitgeteilten Tatsachen ist nichts geändert worden; es wurden lediglich formelle Änderungen vorgenommen. Inwiefern das Flugblatt also gefälscht sein soll, bleibt das Geheimnis des edlen Dreigeißels, „Post“, „Kreuzzeitung“ und „Neues Tageblatt“. Aus dem Verhalten des in dem „Offenen Briefe“ angegriffenen Fürstlich Plessischen Generalbevollmächtigten Regierungsrat a. D. Gustav Reindorf geht vielmehr hervor, daß die Behauptung von der Fälschung des Flugblattes wider besseres Wissen von dem reaktio-

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

95. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

„O, Sie mutiger und ritterlicher Freund... ich kann mich nicht entschließen, Sie solchen Gefahren auszuweichen.“
„Und ich schulde Ihnen dies nicht, wenn Sie sich um mein Wohlwollen kümmern wollen? Um Himmels willen, nur keine Kinderereien! Wir sind quitt.“
„Da kommt Rosa auf uns zu.“ sagte Marcella, „kaum bleibt mir Zeit, Ihnen zu danken.“

„Nein, Fräulein Rosa wendet sich der Allee zu — mit meiner Mutter, die sie noch ein wenig aufhalten wird, denn ich bin noch nicht fertig, Frau Marcella... ich habe Ihnen noch vieles andere zu sagen. Aber Sie müssen es doch überdrüssig werden, so lange allein zu gehen. Weil nun der Hof leer ist und die lärmende Mühle stillsteht, so kommen Sie und setzen Sie sich auf eine Bank neben der Haustür. Fräulein Rosa glaubt uns auf der anderen Seite und wird erst wieder hierher kommen, nachdem sie die Briefe abgeholt. Was ich Ihnen zu sagen habe, ist ein wenig interessanter für Sie, als Ihre Geschäfte und erfordert noch größere Beredsamkeit.“

Bewundert und erkaunt bei dieser Einladung folgte Marcella dem Müller und setzte sich mit ihm auf die Bank — gerade unter der Luke der Heuscheune, von wo aus Lemor sie sehen und hören konnte.

Sagen Sie doch, Frau Marcella...“ stammelte der Müller ein wenig verlegen, um der Sache näher zu kommen. „Sie denken noch an den Brief, den Sie mir anvertrauten?“

„Aber, mein bester Ludwig!“ antwortete die Baronin, deren ruhiges und ein wenig erloschenes Antlitz plötzlich ein flammendes Rot überzog, „sagten Sie mir nicht heute morgen, Sie hätten ihn abgeschickt?“

„Berzeihung... entschuldigen Sie... ich habe ihn nicht auf die Post gegeben.“

„Sie haben ihn vergessen?“

„D... nein, gewiß nicht!“

„Verloren, vielleicht?“

„Noch weniger. Ich habe etwas Besseres mit ihm angefangen, als ihn in den Kasten zu werfen — ich habe ihn an seine Adresse abgegeben.“

„Was sagen Sie?... Er war doch nach Paris abgereist.“

„Ganz recht. Aber die Person, für die er bestimmt war, begegnete mir auf meinem Wege — ich glaubte besser daran zu tun, wenn ich ihn ihr übergab...“

„Mein Gott... Sie machen mich erbeben, Ludwig.“ flüsterte Marcella, die wieder bleich geworden war. „Sie werden sich geirrt haben...“

„So dumm!... Vielleicht kenne ich Herrn Heinrich Lemor doch viel zu gut...“

„Sie kennen ihn...? Und er weiß hier in dieser Gegend?“ fragte Marcella in tiefer Ergriffenheit, die sie nicht im geringsten zu verbergen suchte.

In wenigen Worten erzählte Ludwig, wie er Lemor als den Reisenden erkannt hatte, der schon in seiner Mühle gewesen, und als den Empfänger des ihm anvertrauten Briefes.

„Und wohin wollte er denn?... Was macht er in X?“ fragte Marcella bedrückt.

„Er ging nach Afrika — er war auf der Durchreise auf dem Wege nach Toulouse. Den Aufenthalt des Postwagens für das Frühstück hatte er benutzt, um auf das Postamt zu gehen.“

„Und wo ist er jetzt?“

„Ich vermag es Ihnen nicht genau zu sagen, wo er sein kann. Aber in X ist er nicht mehr.“

„Nach Afrika, sagen Sie, geht er?... Und warum so weit?“

„Um eben so weit zu gehen — diese Antwort erhielt ich auf meine Frage.“

„Die Antwort ist deutlicher als Sie denken!“ sagte Marcella, deren Aufregung zunahm und die nicht einmal daran dachte, sie ein wenig zu verbergen. „Mein Freund, Sie sind gar nicht so unglücklich, wie Sie glauben! Es gibt gebrochene Herzen, als das Ihrige.“

„Das Ihrige, zum Beispiel, arme Frau Marcella?“

„Ja, teurer Freund... das meinige.“

„Aber ist es nicht ein wenig Ihre eigene Schuld? Warum befehlen Sie jenem armen jungen Mann, ein ganzes Jahr zuzubringen, ohne ein Wort von Ihnen zu vernehmen?“

„Wie... er hat Ihnen meinen Brief zu lesen gegeben?“

„L... nein, — er ist so misstrauisch und heimlich! Aber ich habe ihn so mit Fragen bestürmt, ihn so gedrängt und habe so viel erraten, daß er sich gezwungen sah, mir zu gestehen, wie wenig ich mich täuschte. Ah... sehen Sie, Frau Marcella, ich bin sehr neugierig auf die Geheimnisse derer, die ich liebe, weil ich, so lange ich ihre Gedanken nicht

kenne, nicht weiß, wie ich ihnen dienen soll. Habe ich unrecht?“

„Nein, Freund... ich bin froh, daß Sie meine Geheimnisse besitzen, wie ich die Ihrigen weiß. Aber ach... welches auch hier Ihr guter Wille und Ihr gutes Herz sei — Sie können nichts für mich tun. Dennoch... antworten Sie mir: hat Ihnen jener junge Mann weder eine schriftliche noch mündliche Antwort übermittelt?“

„Er hat heute morgen eine Menge Hirngepinste niedergeschrieben, mit denen ich jedoch nichts zu tun haben wollte.“

„Sie haben mir einen schlechten Dienst erwiesen! So kann ich also keine Absichten nicht erfahren?“

„Er wußte mir nur die wenigen Worte zu sagen: Ich liebe Sie... aber ich habe Mut!“

„Er sagte: aber?“

„Vielleicht sagte er: und!“

„Das wäre etwas ganz anderes! Bestimmen Sie sich doch, Ludwig!“

„Er sagte bald das eine, bald das andere, denn er hat es oft wiederholt.“

„Heute morgen, sagen Sie? Sie haben also die Stadt erst heute morgen verlassen?“

„Ich wollte sagen: gestern abend. Es war schon spät, und wir auf dem Lande rechneten den Morgen von Mitternacht an.“

„Mein Gott... was soll das heißen? Warum keinen Brief? Haben Sie denn den gesehen, den er mir schrieb?“

„So halb und halb... er hat nach der Reihe vier Bogen zerrissen.“

„Aber was sagten denn diese Briefe? Er war wohl ein wenig unentschlossen?“

„Bald sagte er, er könne Sie nie wiedersehen und bald wollte er sofort herreisen und Sie sehen.“

„Und er hat dieser letzten Versuchung widerstanden? Er hat wirklich großen Mut!“

„Ah... hören Sie doch... er war öfter in Versuchung als der heilige Antonius. Doch einerseits lenkte ich ihn ab, und andererseits fürchtete er, Ihnen ungehorsam zu sein.“

„Und was halten Sie von einem Geliebten, der nicht ungehorsam sein kann?“

„Ich denke, er liebt zu aufrichtig... und man weiß ihm keinen Dank dafür.“

„Ich bin ungerecht, nicht wahr, mein lieber Ludwig?“

„Ich bin zu gerührt... und weiß nicht, was ich sage...“

„Aber warum, Freund, haben Sie ihm widersarrt, Ihnen zu folgen? Denn er hat doch den Gedanken gehabt?“

nären Konfession aufgestellt wird, denn Reindorf hat nach dem Erscheinen des Flugblattes nicht wegen des gesamten Inhalts, sondern nur wegen zwei in dem Flugblatt angeblich enthaltenen Formaleibidigungen Strafantrag gegen Gallasch gestellt, so daß diesem die Führung des Wahrheitsbeweises unmöglich gemacht wurde. Überdies hat Gallasch im September v. J. einen weiteren offenen Brief in der „Bergwacht“ an Reindorf gerichtet, in dem Gallasch die in dem Reichstagswahlflugblatt gegen Reindorf erhobenen Beschuldigungen voll aufrecht erhält und Reindorf auffordert, auf Grund der §§ 186 und 187 des Strafgesetzbuches Strafantrag zu stellen, damit er (G.) in der Lage sei, den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen zu erbringen. Reindorf hat sich jedoch bis heute wohlweislich geputzt, seinen Strafantrag auf diese Paragraphen auszudehnen! Davon, daß in dem Prozeß der freikonservative „Chefredakteur“ Lippold als anonym er Gehilfe des Staatsanwalts und als Urheber des Prozesses entlarvt wurde, liegt man in dem Geheiß der „Kreuzzeitung“ nichts. Derartige Nachschärfungen sind jedenfalls der „urteillosen Gesinnung“ nichts! Daß die „Kreuzzeitung“ den Genossen Reichstagsabgeordneten Dr. Cohn-Nordhausen als Verteidiger der drei Angeklagten aufmarschieren läßt, sei nur nebenbei bemerkt. „Daß Sache in Waldenburg nicht wiedergewählt wird, ist sicher, erklärt der „Kreuzzeitung“-prophet! Hier dürfte lediglich der Wunsch der Vater des Gedankens sein! Im Gegenteil, die Empörung über das schamlose Verhalten der Lippold und Konsorten ist nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch in Bürgerkreisen groß, wie das Verhalten der gesamten bürgerlichen Presse im Kreise beweist. Zum Schluß macht die „Kreuzzeitung“ noch die sensationelle Entdeckung, daß in dem Prozeß „ein neuer sozialdemokratischer Schwindel“ aufgedeckt worden sein soll. Nämlich, daß Genosse Sacke kein „gelernter Bergarbeiter“ ist, sondern „nur“ Grubenstellmacher ist! Mit dieser „Entdeckung“ ist es indes nichts, denn jedem Bergmann im Kreise Waldenburg ist diese Tatsache seit dem Tage, an dem Sacke das erste Mal in Waldenburg kandidierte, bekannt! Im übrigen beweist das Geheiß der reaktionären Presse zur Genüge, wo die Fälscher zu suchen sind.

Aus der Partei.

Personalien. Genosse Dr. Lensch scheidet mit Ende dieses Monats aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“, er wird seinen Wohnsitz seines parlamentarischen Mandats wegen nach Berlin verlegen. Vor elf Jahren trat Genosse Lensch in die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ein und seit 1908 hat er die Leitung des Blattes innegehabt.

Für die Errichtung eines sozialistischen Altersheims tritt die „Neuporters Volkszeitung“ ein. Infolge einer Selbstmordepidemie unter ausgedehnten Kämpfen wurde 1907 der Sozialist. Unterstützungsverein Neuport“ gegründet, der über 1200 Mitglieder mit einem Jahresbeitrag von 3000 M zählt und ein Vermögen von 8400 M besitzt. Es wird nun vorgeschlagen, um die Pensionäre (über die Gewährung der Pension entscheidet ein Vertrauensauschuß unter Ausschluß der Öffentlichkeit) besser zu versorgen, eine Farm zu erwerben, die zum Teil durch Verpachtung und Aufnahme von Sommergästen rentabel gemacht werden, im übrigen den Pensionären dienen solle. Es wird an die Krankenkasse und die Mobilien-Gewerkschaft erinnert, die sich trotz anfänglicher Schwierigkeiten blühend entwickelt haben.

Der Agitationsbezirk Frankfurt a. M. umfaßt 11 Reichstagswahlkreise. Das letzte Geschäftsjahr brachte eine Mitgliederzunahme von 723. 5 Kreise verzeichnen 142 Mitglieder als Verlust, 6 Kreise einen Zuwachs von 865. Bemerkenswert ist, daß im I. Quartal d. J. ein Mitgliedererwerb von 1035 gebucht werden konnte (am 1. Januar 1913 hatten noch 9 Kreise einen Mitgliedererwerb). Dies berechtigt zu der Hoffnung, daß im laufenden Geschäftsjahr eine weitere Stärkung der Parteiorganisation in allen Wahlkreisen eintritt. Die Gesamtmitgliederszahl betrug am 1. April d. J. 27 763, darunter 8292 weibliche. Die Mitglieder verteilen sich auf insgesamt 365 Orte, von denen 260 Parteifunktionäre sind. Im Berichtsjahr wurden 1306 Mitglieder, 843 öffentliche Versammlungen im Bezirk abgehalten. Zur Verteilung gelangten 55000 Flugblätter, 91400 Kalender (Landboten) und Broschüren. 57 Stadtverordnete in 10 Städten und 237 Gemeindevorsteher in 83 Landgemeinden bilden unsere Vertretung in den Kommunen. Dazu kommen ein Agitationsmitglied in Frankfurt am Main und zehn Gemeindevorstandsmitglieder in neun Landgemeinden. Die vergangene Landtagswahl steigerte die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 17 773 im Jahre 1908 auf

27 848 (nach den Feststellungen der Organisation) in diesem Jahre. Das bedeutet einen Zuwachs von 10 115 Stimmen gleich rund 57 Proz. Zum Bezirk gehören 20 Landtagswahlkreise, wovon 16 eine Wahlbeteiligung aufweisen, wenn auch zum Teil nur in einzelnen Orten, soweit ländliche rückständige Kreise in Frage kommen. Von Interesse ist ein Vergleich der sozialdemokratischen Stimmen bei der Reichstagswahl 1912 gegenüber der letzten Landtagswahl. Greifen wir die 4 fortgeschrittensten Reichstagswahlkreise heraus, so ergibt sich folgendes Bild:

Reichstagswahlkreis	Reichstagswahl 1912 Stimmen	Landtagswahl 1912 Stimmen	Im Verhältnis zu Reichstagsw. Prozent
Hanau-Vockenheim	22 519	7 479	33,21
Gelnhausen-Orb.	35 686	11 008	30,85
Höchst-Homburg-Uffing	22 519	4 864	21,61
Wiesbaden-Wiebrich-Rheingau	15 222	3 274	21,51

Die Zahlen lassen u. a. die Einwirkung des offenen Wahlsystems deutlich erkennen. Sie zeigen andererseits auch, welche enorme Arbeit noch für uns zu tun übrig bleibt.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Werftarbeiterkreis in Stettin. Die Stettiner Werftarbeiter beschlossen am Sonnabend nachmittag in vier überfüllten Versammlungen, entsprechend den Beschlüssen einer Vertrauensmännerkonferenz, die Freitagabend getagt hatte, mit 5701 gegen 118 Stimmen, am Montag morgen um 9 Uhr die Arbeit auf sämtlichen Stettiner Seeschiffswerften einzustellen. Die Zentralvorstände hatten Anweisung gegeben, mit einem solchen Beschluß noch zu warten, bis sie sich über die Unterstützungsfrage schlüssig gemacht haben und das Resultat einer Werftarbeiterkonferenz vorliegen, die für Sonntag früh nach Hamburg einberufen ist. Da aber in dem Stettiner Bezirk friedliche Verhandlungen völlig erschöpft sind und resultatlos blieben, so ließen sich die Massen nicht mehr halten. Von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften hatten 4689 für und 34 gegen den Streik gestimmt; die Gewerkschaften stimmten mit 1012 für und mit 84 gegen den Ausstand. Die Verhandlungen verliefen in mühsamer Ruhe.

Der Streit der Dockarbeiter in Hull und Leith (Britanien) beginnt große Ausdehnung anzunehmen. In Hull streikten Sonnabend 10 000 Dockarbeiter. Über neunzig Schiffe sind bereits brach gelegt. Das Militär erhielt Befehl, sich zum Eingreifen bereit zu halten. Auch mehrere Kriegsschiffe erhielten von der Admiralität Befehl, sich bereit zu halten, um zum Schutz von Leben und Eigentum in Leith Matrosen zu landen.

Die gelben feindlichen Brüder. Für eine Trennung der Berliner von der Essener Richtung tritt das Organ der Berliner gelben Werftarbeiter, „Der Bund“ nach dem Augsburger Bundestag ein. Der „Bund“ erklärt, daß die Abwendung der Berliner Vereine nahe bevorstehe. In einem Artikel dieses Blattes wird zunächst darüber geschwafelt: „Die Trennung der Werftarbeiter der Berliner Richtung von der Bund deutscher Werftarbeiter“, über die die einzelnen angeschlossenen Vereine demnächst in ihren Generalversammlungen Beschluß fassen werden, wird daher nicht... eine „Gelbe Kattastrophe“ oder eine „Schwächung der ganzen gelben Bewegung“ bedeuten, sondern diese notwendige Trennung der freien Arbeitervereine von der politisch gerichteten und von Werksbeamten beherrschten westdeutschen Richtung wird für die Werksvereine eine erfreuliche Befreiung und damit eine wesentliche Stärkung nach innen und nach außen zur Folge haben.“ In der neuesten Nummer des „Bund“ (vom 20. Juli) wehrt sich die Firma Herr und Frau Lebus, Nathanson & Co. gegen den von den westdeutschen Werksvereinen erhobenen Verdacht, daß der Berliner Antrag „Kein Werksvereinsmitglied darf wegen seiner Abstammung bei politischen Wahlen Nachteile in bezug auf seine Wahlrechte erleiden“, nur deshalb gestellt worden sei, weil die Berliner Werksvereine eine klare und entschiedene Stellung gegenüber der Sozialdemokratie nicht einnehmen wollten. Der „Bund“ stellt nun die Berliner Gelben als forschende Kerle im Kampfe gegen die Sozialdemokratie hin. Er erklärt, der Berliner Antrag sei deswegen gestellt worden, weil in Essen Werksvereinsmitglieder wegen ihrer politischen Abstammung für das Zentrum ausgeschlossen worden seien. In Westdeutschland habe man auf die Andersdenkenden durch Ausschlußdrohung einen Zwang ausgeübt, der entschieden verurteilt werden müsse und der diese Leute entweder von der Werksvereinsbewegung abstoße oder zur Heuchelei zwingt.

Die Berliner Werksvereine wollen verbend wirken unter den sozialdemokratischen Mitläufern, indem sie ihnen die Verfechtung der sozialdemokratischen Lehren zeigen und sie so allmählich durch Anleiten zum selbständigen Nachdenken zu einem richtigen Verständnis vom Wesen des Gegenwartsstaates erziehen. „Dort Zwang, hier Bildung und Erziehung!“ So ruft pathetisch der „Bund“. Das sei in Kürze der Gegensatz zwischen Essen und Berlin in bezug auf die Stellungnahme zur Politik. Die Essener werden hoffentlich nicht veräumen, den Berlinern nachzuweisen, wie sie durch Zwang ihre Mitglieder gewinnen. Für uns entbehrt dieser gelbe Streik nicht des kuriosen Beigeschmacks. Die täglich über den Terrorismus der freien Gewerkschaften zerneren, werten sich selbst vor, daß sie in ihren von Kapitalistengnaden subventionierten Gewerkschaften die Mitglieder nur durch politischen Zwang halten können. Uns soll schmer bedünken,

Zehn Jahre deutscher Kämpfe.

Heinrich Treitschke, der überkonservative Verherrlicher des Hohenzollernismus und der Verpreuung Deutschlands, hat ein berühmtes, in vielen Auflagen erschienenenes Buch „Zehn Jahre deutscher Kämpfe“ genannt. Auch unsere Partei besitzt ein Buch, das dieses Namens reichlich wert wäre und das verdienen würde, daß ihm das deutsche Proletariat durch eifriges Lesen gleichfalls viele neue Auflagen bereite. Zehn Jahre deutscher Kämpfe, zehn Jahre infamster Verfolgungen des Klassenbewußten Proletariats durch die Organe des Klassenstaates und tapferster, nie ruhender opferfreudiger Gegenwehr dieser verachteten und verfolgten Arbeiter schildert uns Ignaz Auer in seinem Buche „Nach zehn Jahren“, Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes.

25 Jahre sind verflossen, seitdem dieses Buch zum ersten Male erschien und längst sind die Exemplare dieses Wertes überaus selten geworden, ein wohlgehaltener Schatz so mancher Proletarierbibliothek, trotz seines vergilbten Aussehens und seiner kläglichen Ausstattung nur zu den höchsten Preisen bei den Antiquaren zu erhalten. Höchster Seitenwert wurde diesem Buche zuteil; von der letzten Generation der Arbeiter kennt es kaum irgend jemand auch nur dem Namen nach.

Sein Verfasser, einer der herrlichsten Gestalten, auf die das deutsche Proletariat stolz sein sollte, ist der Jungmannschaft ein Name, mit dem sie nichts anfangen vermag, ja das Sozialistengesetz ist, wie Adolf Ged erzählt, eine Zeit, die dem Verständnis der jüngeren Arbeiterklasse entschwinden ist, von der sie nichts mehr weiß.

So ist es ein hoch anzuschlagendes Verdienst, daß die wuchtige Anklageschrift Auer's, die genaue Darstellung der ersten zehn Schreckensjahre des zwölf Jahre währenden Sozialistengesetzes der deutschen Arbeiterklasse von neuem zugänglich gemacht wurde. In einem schmalen Bande von annehmlich vierhundert Seiten, in musterhafter typographischer Ausstattung hat dies wichtige Werk nach 25 Jahren seine Auferstehung gefeiert. Wie ein spannender Roman liegt sich das Buch Auer's, das uns eine Heldenzit der Sozialdemokratie vorführt, auf die alle stolz sein dürfen, die sie durchlebt und in den sozialdemokratischen Reihen mitgekämpft haben. Auch für die Alten in unseren Reihen ist das Auffrischen der Erinnerung an jene große Zeit von höchster Bedeutung. Für die Jungen aber wird eine durchaus neue Aufhellung über die schwersten Zeiten der Arbeiterbewegung geschaffen, in deren tüchtig gefügt wurde die Grundfeste, auf der sich heute der stolze Bau unserer Arbeiterbewegung erhebt. In jenen Jahren haben die Lehrer der Arbeiterbewegung ihre Prüfungszeit durchgemacht, haben sie die konzentrierte Macht, die höchste Rücksichtslosigkeit ihrer Gegner kennen gelernt, aber sie haben auch erfahren, zu welcher Freude, nie erschöpfender Opfermut sich die deutsche Arbeiterbewegung erheben kann, wie sie in geschlossenem Willen mit ihrem größten Gegner, einem Bismarck, mit dem gewissenlosesten Organisator der Polizeigewalt, einem Puttkamer, mit dem schamlosesten Interpretier der Gesetze, dem Staatsanwalt Lessendorff, fertig werden konnte. Vernichten wollte man die Partei, die Ende der 1870er Jahre nicht viel über vierhunderttausend Stimmen zählte, nach 12 Jahren des Sozialistengesetzes aber in mehr als verdreifachter Stärke zur menschenreichsten, bestorganisiertesten, dem schärfsten Feinde imponierenden Partei geworden war.

Wie das alles wurde, das schildert uns Auer bei allem Streben nach höchstmöglicher Genauigkeit doch mit heiserer Liebe für die Arbeiter, die sich in schwerster Zeit in die vorberste Reihe stellten, aber auch mit allem Hass und aller Verachtung für diejenigen, denen kein Mittel zu schlecht war, um es gegen die verhaßte Sozialdemokratie anzuwenden. Wir werden von Auer eingeführt in die Geschichte der Verfolgungen unserer Partei bis zum Jahre 1878, dann in die Zeit des Werdens dieses Gesetzes, als man infamerweise den christlich-sozialen Hödel, den Nationalliberalen Nobiling, die nach dem Leben Wilhelms I. getrachtet hatten, als Sozialdemokraten bezichnete, um so das Material zu erhalten, damit der Reichstag das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie bewilligte. Auch demjenigen, der diese Zeiten miterlebt hat, demächtigt sich von neuem die Mut über die Fülle von Gemeinheit, mit der man in jenen Tagen gegen die Arbeiterbewegung vorging, als man alle Sozialdemokraten ächtete, brotlos machte, dem Staatsanwalt überantworten wollte.

Der Haß gegen die selbständige Arbeiterbewegung siegte, nach dem das erste Sozialistengesetz abgelehnt und der Reichstag aufgelöst worden war. Ein zweites verschärftes Gesetz wurde vom neugewählten Reichstage angenommen und sofort in Kraft gesetzt. Alle Zeitungen, alle Broschüren wurden verboten, alle Versuche neue zu schaffen, sofort unterdrückt, alle politischen Organisationen, alle Gewerkschaften, mit verschwindenden Ausnahmen, viele Krankenfassen, selbst Gesangs- und Unterhaltungsvereine wurden aufgelöst. Die Organisation der Arbeiter war gesprengt, das Ende der Sozialdemokratie schien erreicht zu sein. Der weiße Schrecken regierte, verhängt wurde er durch die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin, Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. und andere Städte; zu Hunderten wurden die führenden Parteigenossen, fast ausnahmslos Familienväter, ausgewiesen. So schien alles für die schwärzeste Reaktion aufs beste bestellt zu sein.

Was die Partei vor dem Sozialistengesetz war, wie das Sozialistengesetz zustande kam und wie es wirkte, das schildert uns, in der Regel die Tatsachen in Urkunden sprechend lesend und doch aufs höchste aufreizend, Ignaz Auer in diesem Buche. Schlimme Tage waren die ersten Monate unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, es schied der Arbeiterbewegung an der Orientierung. Hunderttausende trafen schwer die hageblüht auf die Sozialdemokratie niederfallenden Schläge, jedoch nur vereinzelt verließen die Kammerreichen, die freilich für kurze Frist völlig gesprengt schienen.

*) Ignaz Auer, Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. Mit einer Beilage: Abhandlung des „Sozialdemokrat“ vom 27. September 1890. Nürnberg, Verlag der Frankfurter Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. Preis gebunden 3 M.

„Ich glaube es wohl . . . er ist sogar ein Stückchen auf meinem Karren gefahren. Aber ich . . . verzeihen Sie . . . ich hatte so große Furcht, Ihre Unzufriedenheit zu erregen.“
„Wie, Sie lieben . . . und glauben andere doch so wenig?“
„Sonderbar — was würden Sie gesagt haben, wenn ich ihn in das Schwarze Tal geführt hätte? Zum Beispiel in diesem Augenblicke . . . wenn ich Ihnen sagte, daß ich ihn verpöndelt, daß ich in meiner Wut über Sie verbergen! Ah . . . im ersten Augenblick würden Sie mich behandeln, wie ich es verdiene.“
„Ludwig!“ sagte Marcella, in übertriebener Entschlossenheit aufspringend, „er ist hier . . . Sie gehen es zu?“
„Nein, Frau Baronin . . . Sie legen es mir in meine Hände.“
„O teuer Freund . . .“ begann sie wieder und ergriß seine Hände mit großer Herzlichkeit, „sagen Sie mir, wo er ist . . . und ich verzeihe Ihnen.“
„Und wenn es so wäre,“ sagte der Müller, ein wenig entsetzt über Marcellas unbedachtes Mienen, daß begeistert von ihrer Offenherzigkeit, wenn es so wäre, würden Sie keine bösen Jäger rufen?“
„Wenn er mich freiwillig verlässe und ich niedergebrogeln wäre, könnte ich wohl an die Welt denken, könnte ich Gedulds vorsetzen und mir freude, vielleicht übertriebene Pflichten tun. Aber wenn er zu mir zurückkehrt, wenn er in so unglücklicher Lage ist — woran soll ich da denken . . . und was soll ich machen?“
„Denn müssen Sie die Bedingungen hegen, daß irgend eine Lastigkeit die Ausübung Ihrer Pflichten noch schwieriger mache,“ sagte Ludwig, indem er Marcellas Augen durch eine Handbewegung an das Fenster über ihrem Kopfe richtete.
Marcella hob die Blinde und begegnete denen Lemors, der an einer Stiege stand und sah zu ihr vorüberge — er war bereit, von der Höhe des Daches herabzuspringen, um die Entlassung abzulassen.
„Doch der Müller hätte aus Leibeskräften, und mit einer gewissen Hastbewegung die Aussetzung der Liebenden auf Rosa lezard, die sah mit der Müllerin und dem kleinen Dorsch scherte, sagte er mit erhabener Stimme:
„Ja, Frau Baronin — eine solche Wut wirkt wenig ab. Aber wenn ich nur ein großes Maßwort darin wenigstens hätte, wie ich es im Kopf habe, würde sie mir wohl . . .“

XXIII.
Die Blinde der beiden Liebenden waren verzehrend und kurz gewesen wie ein Blitz. Und dieser heftigen Erregung folgte eine tiefe Ruhe. Sie liebten sich . . . und waren einander sicher. In dem elektrischen Schlag dieses Wides hatten sie alles erklärt, alles ausgesprochen und sich von allem überzeugt — Lemor warf sich in das Heu, und Marcella, die wieder Herrin ihrer selbst war, weil sie sich glücklich fühlte, nahm Rosa auf ohne Bewirrung und ohne Kummer. Sie ließ sich in das nahe entzündende Waldchen führen, und nach einem einfüßigen Spazierwandern stieg sie wieder mit ihrer Begleiterin zu Pferde und machte sich dann auf den Weg nach Blauschmont, nachdem sie den Müller leise zugesüßelt:
„Verbergen Sie ihn gut . . . ich komme wieder.“
„Nein, nein, nicht schon so bald,“ hatte Ludwig geantwortet. „Ich werde eine Unterredung ohne Gefahren herbeiführen . . . lassen Sie mich nur meine Maßregeln ergreifen. Ich bringe Ihren Sohn heute abend zurück und werde noch mit ihnen sprechen, wenn ich kann.“
Als Marcella fort war, kam Lemor aus seinem Versteck hervor, wo Freude und Nahrung wehr als der herankommende Duft des Heues ihn schwindelnd werden ließen.
„Freund,“ sagte er heiter zu Ludwig, „ich bin Ihr Müllerdurchsicht, denn ich will Ihnen nicht zur Last fallen, ohne für Sie zu arbeiten. Geben Sie mir Arbeit und Sie sollen sehen, wie gute Arme der Pariser hat, wenn es auch nicht so ansieht.“
„Jawohl!“ antwortete der Müller, „wenn das Herz zufrieden ist, sind auch die Arme gewandt. Ihre Sachen sehen besser aus als die meinigen, mein Junge, und wenn wir heute abend ein Plauderjüngchen halten, wird die Reihe an Ihnen sein, mir trüben Mut zu machen. Jetzt aber lassen Sie mich selbst, es muß gearbeitet werden. Ich kann meine Zeit nicht damit verbringen, von Liebe zu plaudern, und Sie könnten vor Zufriedenheit den Verstand verlieren, wenn Sie müßig bleiben. Die Arbeit ist für alle heilsam — sie unterhält die Freude und zerstreut den Kummer, was vielleicht sagen will, daß sie noch den Absichten der allgütigen Mutter Natur für alle Menschen geschaffen ist. Wo ans Werk! Sie werden mir helfen, das Wehr aufzuziehen und die Große Luise tun zu lassen. Ihr Lieb vermag meine Gedanken wieder in Ordnung zu bringen, wenn ich verzweifeln möchte.“

(Fortsetzung folgt.)

Aber sich doch rascher wieder zusammenschließen, als die sich ihres Erfolges rühmenden Vernichter der Arbeiterbewegung für möglich erachtet hatten.

Der kleine Belagerungszustand hatte die leitenden Männer der Arbeiterbewegung aus den großen Städten vertrieben, sie nach kleinen Ortschaften gebracht, wo die Sozialdemokratie keine Anhänger und keine Werber hatten. Da wurden diese Vertriebenen Apostel des Sozialismus, sie schufen in rastloser Arbeit der Partei neue Ausgangspunkte des proletarischen Befreiungskampfes. Und in Zürich begann der „Sozialdemokrat“ zu erscheinen, er schuf einen neuen Zentralpunkt für die Partei, eine neue Quelle der Aufklärung gegen die Feinde des Proletariats. Ausbreitung und Radikalisierung der Partei, das waren also die sichtbaren Ergebnisse des Sozialistengesetzes. Die Nachwahlen zeigten die Sozialdemokraten in einer die Gegner erschlaffenden Geschlossenheit. Auf dem Kongress auf dem Schloß Widen sammelte sich die Partei und stieß kraftvoll alle Versuche, die Arbeiter ins anarchisierende Lager zu führen, zurück. Bald war überwinden das Sozialistengesetz, und auch als man dieser Weisheit das Zückerbrot Arbeiterversicherung zusetzte, ernteten sich vergeblich alle Lockungen der Bismarck und Stöcker und aller dazwischen, die sich zu ihrem Dienst einstellten. Es kam die Wahl vom Jahre 1884, die die Zahl der Stimmen und die der Abgeordneten unserer Partei so stark machten, wie sie niemals vorher gewesen war. Dann ging es vorwärts trotz des Terrorismus bei der Wahlbewegung von 1887, trotz der Drohung mit der Expatrierung, trotz des Streikerlasses des Puttkamer; keine Macht konnte den Vorwärtsmarsch der sozialdemokratischen Armeen hemmen, alle Hindernisse wurden überwunden, Bismarck trat zurück, das Sozialistengesetz schloß überflüssigen Endes.

Die ersten zehn Jahre, die schwersten und ruhmreichsten dieser zwölfjährigen Epoche, schildert uns Ignaz Auer in dem klassischen Werke, das soeben von der Frankfurter Verlagsanstalt und Buchdruckerei mit einer frischen Einleitung zur Würdigung Auers durch Adolf Ged herausgegeben wird. Was da an Opfern gebracht wurde, was die Partei zu ertragen hatte, welche gewaltige Hemmnisse überwunden wurden, das erfahren wir alles aus diesem klassischen Werke der Parteigeschichte, das zu kennen der Wunsch jedes Parteigenossen sein sollte.

Wenn der Referent das alte wohl bekannte Buch in der neuen, viel schöneren, der hohen Bedeutung des Wertes durchaus würdigen Gestalt durchblättert, dann kann er sich einer gewissen Bitterkeit nicht entschlagen, weil es die Gegner der Arbeiter viel zu gut haben, da ihre Schandtaten im Gedächtnis des Proletariats viel zu wenig haften. Wir können die Bedeutung jener Zeit, die Wichtigkeit, sich ihrer zu erinnern, nicht besser den Proletariern klar machen, als durch die Wiedergabe der letzten Absätze aus der Vorrede Auers zu dem Buche:

Die kämpfenden Scharen des Proletariats können aus den Daten und Mitteilungen über die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in den letzten zwölf Jahren frischen Mut zu erneuten Kämpfen und Siegen um die idealen Ziele der Sozialdemokratie schöpfen — und sie werden es auch sicherlich. Wo aber ein Streiter erlahmt sein sollte, da wird der Hinweis auf die namenlosen Schandtaten, welche unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes an der deutschen Arbeiterschaft verübt wurden, genügen, um auch diesen wieder in die Reihen der Kämpfenden und Ringenden zurückzuführen.

Aber selbst jene Elemente des deutschen Volkes, welche zwar weder zur Sozialdemokratie sich zählen, noch für dieselbe Sympathie hegen, trotzdem aber überzeugte Gegner des Sozialistengesetzes sind, ja sogar jene Verteidiger des Ausnahmengesetzes, welchen der Byzantinismus und die Erfolgsambition unserer Tage das Denkwürdige noch nicht ganz unnebelt haben — muß all diesen, wenn sie diese Schrift aus der Hand legen und sich die Summe von Niedertracht und Gemeinheit einerseits und andererseits die Not und Verweisung vergegenwärtigen, welche sich aus dem Gesetz und der Art seiner Handhabung ergeben, nicht auch der Gedanke kommen, den der Verfasser dieser Schrift, als er das Material sichtet und ihm aus jeder der nach Hunderten zählenden Zeilen immer und immer wieder der Ruf nach Verzeihung und Rache entgegenhallt, nicht mehr los werden konnte:

„Rehe denen, über deren Häupter sich ein starker Haß und all die Wut entladen wird, die durch dieses infame Gesetz erzeugt und angesammelt wird!“

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 21. Juli.

Der erste Wortführerstellvertreter Jenne eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min.

Eingegangen ist eine Eingabe betr. die Verlängerung der Straßenbahn in der Kronsforder Allee. Unterzeichnet ist sie von 439 Personen. Verlesen wird die Eingabe am Schlusse der Verhandlung resp. in der nächsten Sitzung.

Aug. Pape wünscht wiederholt den Bürgerschaftsmitgliedern zwei Protokolle zugestellt.

Mantau's Antrag, die Verfassungskommission betr., wird auf seinen Wunsch für die nächste Sitzung zurückgestellt.

Der Senat will, um den Bezug von Rentnern zu begünstigen, in das nächstjährige Budget 5000 Mark eingestellt werden.

1. Antrag: Gewährung einer Staatsbeihilfe von je 2000 Mk. an den Hanfischen Geschichtsverein für die Rechnungsjahre 1914/15 1918.

Angenommen mit Zweidrittelmehrheit.

2. Antrag: Errichtung einer 4. Gerichtsbezirksstelle beim Landgericht.

Ziele fragt nach der Festanstellung der Gerichtsdiener und bittet um Abschaffung der Uniform der Gerichtsvollzieher.

Senator Dr. Fehling: Der Bürgerausschuß hat sich mit der Festanstellung der Gerichtsdiener nicht einverstanden erklärt, deshalb kam die Vorlage nicht an die Bürgerschaft. Besser ist es, wenn die Uniform der Gerichtsvollzieher abgeschafft wird. Der Senat hat sich mit der Frage beschäftigt.

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Erhöhung des Gehalts des Kanzleiführers der Hanfischen Gesundheitskommission in Berlin wird mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit angenommen.

4. Antrag: Erlaß eines Nachtrags zu der Verordnung, betr. Erhebung einer Kurtaxe in Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde.

Grünau erklärt sich mit der Vorlage einverstanden und sieht darin eine Verbesserung, doch wünscht er generell festgelegt, was man unter dauernder fester Wohnung versteht. Man sollte sich auch hüten, die Steuerklasse für die eintägigen Häuser zu schrauben, die sich dort niederlassen wollen.

Durch die Eingemeindung sei sowieso die Grundsteuer wesentlich erhöht worden. Redner äußert sich weiter über die Kuraxe, deren endgültige Regelung notwendig sei.

Senator Dr. Stöck: Der letzte Vorschlag des Vorredners wird Beachtung finden. Auf die anderen Wünsche kann ich jetzt nicht eingehen.

Grünau wiederholt seine Anfrage und wünscht klare Antwort über die Wohnplatzfrage.

Senator Dr. Stöck bittet, die Sache den Behörden zu überlassen.

Die Vorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

5. Antrag: Erhöhung des Staatszuschusses an die von Großhertsmische Realschule für das Jahr 1912.

Dr. Schlomer findet es eigenartig, daß wir das Geschäftsrisiko eines Privatmannes tragen sollen. Das könnte ständige Folgen nach sich ziehen. Wir müßten so für 1912 29 000 Mark Zuschuß zahlen, denn das Schulhaus ist auch in unserem Besitz. Erwägenswert wäre die Verstaatlichung der Schule. Auch bei der Volksschule ist man zu größeren Schulsystemen übergegangen, das könnte auch hier im Interesse der Finanzen geschehen.

Senator Kulenkamp: Die gegenwärtigen Umstände sprechen nicht für eine Wiederholung der Forderung. Der Gesamtetat der Schule ist im Jahre 1912/13 77 600 Mark. Bei Übernahme auf den Staat würden wir nicht besser fahren, die Summe des jetzigen Zuschusses müßte dann annähernd verdoppelt werden.

Die Vorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

6. Antrag: Gewährung einer Altersunterstützung an die Hilfslehrerin Franziska Gaetgens.

Klein stellt den Antrag, statt 600 Mark Altersunterstützung 700 Mark zu legen und begründet diesen. Die erste Summe sei viel zu niedrig, da die Lehrerin auf diese Rente außer 400 Mark aus einer andern Stiftung angewiesen sei.

Hoff bittet die Worte zu streichen, daß die Invalidenrente angerechnet wird. Die Reichsversicherungsordnung habe die Versicherten günstiger stellen wollen, das gebe durch den Passus in der Vorlage wieder verloren. Redner stellt einen entsprechenden Antrag.

Senator Kulenkamp streift den eigenartig gelagerten Fall der Lehrerin Gaetgens, die erst mit 43 Jahren angestellt und seinerzeit auf die niedrige Pension aufmerksam gemacht worden sei. Den Antrag Hoff bitte er abzulehnen.

Hoff: Wenn Sie den Antrag des Senats annehmen, bewilligen Sie gar nichts. Nach Abzug der Invalidenrente erhält sie 200 Mark, das ist das Geld gar nicht wert.

Senator Kulenkamp bekräftigt diese Ansicht.

Der Antrag Klein wird abgelehnt.

Der Antrag Hoff: „Wenn und solange die Lehrerin Gaetgens Anspruch auf Invalidenrente hat, soll diese in Anrechnung gebracht werden“ ist durch Annahme des 1. Absatzes der Senatsvorlage erledigt.

Hoff (zur Geschäftsordnung): Wir werden gegen die ganze Vorlage stimmen, damit eine zweite Lesung stattfinden kann. Es soll dadurch nicht geschlossen werden, daß wir gegen die Bewilligung sind.

Der Senatsantrag wird mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit angenommen.

7. Antrag: Ordnung der Schulverhältnisse im Eingemeindungsgebiet.

Baade (Schluß) ist mit dem Bericht der Oberschulbehörde nicht einverstanden. Die Organisation der Eingemeindungsschulen in Travemünde, Schlutup, Rüditz und Moisling nach dem Muster der städtischen Volksschulen glaube die Oberschulbehörde noch nicht durchzuführen zu können, abgesehen daselbst Schulgeld bezahlt werden müsse. Mehr Lehrer brauchte man deshalb noch nicht anzustellen. Durch die Wanderklassen erspare der Staat durchaus kein Geld. Redner empfiehlt Kommissionsberatung.

Senator Kulenkamp: Bei der Eingemeindungsberatung wurde allgemein angeregt, Änderungen im bisherigen Zustand zu beschränken. Der Behörde sind dadurch Schranken auferlegt worden und danach hat sich auch die Oberschulbehörde gerichtet. An Schulgeld geht etwa 16 000 Mark ein, 10 000 Mark fallen durch aufgehobene Schulgeldlasten weg. Die Mehreinnahme spielt aber zu den Kosten, die wir für die Landschulen aufzubringen haben, keine Rolle, wir haben bisher 117 000 Mark dafür ausgegeben. Folgen wir dem Wunsche des Vorredners und gestalten die städtischen Schulen in 8stufige um, wird die Staatsbelastung noch höher. Senf (Bültsch) wünscht kommissarische Prüfung. Man habe einem Teil die Beiträge der Staat durchaus kein Geld. Redner empfiehlt Kommissionsberatung.

Dr. Schlomer wünscht ebenfalls Kommissionsberatung, da der Bericht nicht ausführlich ist. Die erhöhten Schullasten sollen die Minderbemittelten tragen, den Gutsherrschaften werden sie erlassen. Das kommt von der Aufhebung der Freischulen. Hätten wir diese noch, bräuchten wir uns jetzt mit dieser Vorlage nicht zu befassen. Für Minderleistung in diesen Schulen muß auch weniger bezahlt werden.

Dr. E. Meyer fürchtet eine Aufstellung aller prinzipiellen Fragen bei Annahme der Kommissionsberatung. In absehbarer Zeit werde das in Aussicht genommene Ziel nicht erreicht und das Gute in der Vorlage verhindert. Die Entwicklung gehe in dieser Frage von selbst weiter, zum Nutzen der Eingemeindungsschulen.

Baade (Schluß) nimmt als selbstverständlich an, daß der Lehrstoff in den Bezirksschulen derselbe ist wie in den städtischen Volksschulen. Wäre dies nicht der Fall, seien seine Bedenken gegen die Vorlage noch größer.

Schotelig: Krempeisdorf hat bis jetzt das Schulgeld eingekammelt und abgeführt. Eine besondere Bergünstigung sollte den zweiklassigen Schulen gewährt werden.

Dr. E. Meyer möchte die Zulagen der Bezirksschullehrer durch die Kommissionsberatung nicht gefährdet sehen.

Grünau glaubt, daß der Senator heute eine glänzende Rede gegen die Eingemeindung gehalten habe. Wenn er sie früher gehalten hätte, wäre die Eingemeindung nicht vollzogen worden. Der gleiche Standpunkt in der Schulfrage muß durchgeführt werden.

Senator Dr. Fehling: Der Senat hat Sie auf das langsame Hinüberleiten zu städtischen Schulverhältnissen ausdrücklich hingewiesen. Herr Grünau hat die Redner falsch verstanden.

Legtmeyer (Moisling) wünscht Kommissionsberatung.

Baade (Schluß): Ich freue mich, daß das volle Schulgeld gefordert wird, fordere aber auch gleiche Leistung im Lehrstoff.

Dr. E. Meyer warnt vor Überspannung der Forderungen, wie es seinerzeit bei der Eingemeindungskommission betont worden sei.

Hauptlehrer Schulmerich sieht in der Kommissionsberatung eine Verzögerung, da es doch nicht durchführbar sei, alle Wünsche zu erfüllen. Die 6. St.-Lorenz-Schule unterrichte nach demselben Lehrplan wie die Bezirksschulen, und doch sei es noch keinem eingefallen, für die 6. St.-Lorenz-Schule ein geringeres Schulgeld zu verlangen. Die Schlutup-Schule stehe den hiesigen Volksschulen gegenüber der Schulfrequenz im Vorteil: Dort 33 Schüler, hier meistens 40. Würde man in Schlutup das 8stufige System einführen, kämen gar nur 25 Schüler auf eine Klasse.

Senator Kulenkamp verpflichtet dem Vorredner bei für neue Klassen müßten auch neue Räume geschaffen werden. Den Bürgerschaftsmitgliedern würden bei Aufstellung der Rechnung über Schulneubauten die Haare zu Berge stehen.

Herr Würden die Gemeindebeiträge neu festgesetzt werden, müßte man ganz andere Normen schaffen.

Dr. Schlomer weist gegenüber Schulmerich darauf hin, daß die Umwandlung der Bezirksschulen in Volksschulen nicht der wichtigste Hinderungsgrund sei. Daß in einer 8stufigen Schule nicht dasselbe geleistet werden könne wie in einer 6stufigen, sei doch selbstverständlich. Die gesamte deutsche Lehrerschaft lege sich für die 8stufige Volksschule ins Zeug.

Dr. Hartwig können Schulmerichs Ausführungen nicht überzeugen.

Kommissionsberatung wird angenommen.

8. Antrag: Erhöhung der Stellenzulage für die Bezirksschullehrer der größeren Bezirksschulen.

Baade (Schluß) stellt Abänderungsanträge.

Hauptlehrer Schulmerich wünscht Kommissionsberatung, um das zu erreichen, was der schlichten Gerechtigkeit entspreche. Man wolle doch Preußen nahekommen, durch die Vorlage werde der preussischen Bestimmung nicht entsprochen.

Senator Kulenkamp sieht in der Vorlage wesentlich Verbesserungen, denen die Bürgerschaft gern zustimmen könne.

Heinsohn ersucht im Interesse der Bezirksschullehrer um Annahme der Vorlage.

Dr. Schlomer bringt Klagen vor über den vermehrten Kinderplatz im Bormerk und die mangelhafte Beleuchtung, die seit der Eingemeindung eingerissen sei. Er wünscht vom Senat Auskunft.

Senator Dr. Fehling kann diese nicht geben, erwähnt aber, daß seit der Eingemeindung die ganz wesentlichen Vorteile gegenüber den früheren Zuständen ebenfalls anerkannt worden seien.

Kommissionsberatung wird angenommen.

Der Antrag wird derselben Kommission überwiesen wie der vorige.

9. Antrag: Einführung der Schulpflicht für Schwachbefähigte und Errichtung einer zweiten Hilfschule.

Senator Kulenkamp gibt die Ansicht des Senats kund und bittet ferner um Wiederherstellung der ursprünglichen Senatsvorlage, die Vorzüge im Schulwesen biete. Die gemachten Ersparungen der letzten Jahre im Schulwesen müßten diesem wieder zugute kommen.

Hauptlehrer Schulmerich erstattet den Kommissionsbericht, dem auch der Bürgerausschuß beipflichtet. In einigen Punkten glaube die Kommission, daß die Aufwendung der Kosten durch die erwachsenen Vorteile nicht abgewogen werde. Schwer zu ziehen sei die Grenze der Schwachbefähigung. Die Schwierigkeiten seien um so größer, wenn die Überweisung gegen den Willen der Eltern geschehen müsse. Die Kommission empfehle noch einige Jahre mit der Errichtung einer zweiten Schule zu warten, um die Schülerzahl endgültig festzustellen. Die Schaffung eines Spielplatzes und Herrichtung des Gebäudes der früheren Glaserfabrikung erfordern Ausgaben; empfehlenswert sei der Platz nicht.

Senator Kulenkamp sieht den größten Vorteil in der Entlastung der Volksschulen durch Schwachbefähigte.

Pastor Becker befandt seine Freude über die endgültige Trennung der Schwachbefähigten von den Begabten. Dringend notwendig sei große Vorsicht bei der Überweisung ein genaues Regulatoriv unentbehrlich. Zur Zeit sollte man mit der Errichtung einer neuen Schule warten, um so mehr, als der Platz ganz und gar ungeeignet sei.

Senator Kulenkamp erkennt die geäußerten Bedenken bei der Überweisung an, tritt jedoch für den vorgesehenen Platz ein.

Dr. Schlomer: Gegen den Bedenken für Gründung einer zweiten Hilfschule ist kein Widerspruch erhoben worden. Einer Notlage gegenüber ist ein Provisorium immer noch vorteilhafter als gar nichts. Es kommen 101 schwachbefähigte Schüler in Betracht, für die die Normalchule heute gar nichts bietet. Das Geld, das für sie ausgegeben wird, ist hinausgeworfen, 101 Klassen werden durch diese schwachbefähigten Schüler belastet, die Bemühungen sind vergebens gewesen, und die andern Schüler haben an dem Schwachbefähigten ihr Gaudium. Das ist ein schädlicher Zustand, demgegenüber das Provisorium empfehlenswerter ist. Den Platz müssen wir einstweilen in Kauf nehmen. Jedem Kind kann keine Schule vor das Haus gebaut werden, die Kinder brauchen auch nicht durch die Stadt zu wandern. Die Räume in der Behrend-Schraderschen Schule sind auch nicht ganz einwandfrei, sie werden es noch weniger, wenn weitere Schüler dorthin überwiesen werden. Die Bedenken der Überweisung werden zurückgestellt, da wir ja auch noch Schulplätze haben. Mit den heutigen Hilfsmitteln läßt sich ziemlich sicher feststellen, wer zu überweisen ist. Vom Zwang kommen wir nicht ab. Stimmen Sie der Senatsvorlage im Interesse der bedauernswerten Kinder und im Allgemeininteresse zu, nachdem Sie heute schon 5000 Mark für eine höhere Schule bewilligt haben. (Bravo! bei den Sen.)

Dr. Ziehl empfiehlt eine Abänderung bei der Entscheidung zur Überweisung an die Hilfschule. Sie deckt sich mit den Ansichten des Vorredners. Die Behörde rechne mit dem Höchstprozentfuß der Schwachbefähigung, sie habe 4 Prozent herausbekommen, während im übrigen Deutschland nur 3 Prozent angenommen würden.

Senator Kulenkamp glaubt, daß erst die Zukunft ein richtiges Bild bieten könne, einige Hauptlehrer hätten wohl die Zahl der Schwachbefähigten zu hoch angegeben.

Aug. Pape hat bis jetzt nur finanzielle Bedenken herausgehört. Vom finanziellen Standpunkt aus dürfe man die Vorlage nicht betrachten. Wir hätten die Pflicht für diese armen Kinder zu sorgen. Am wirksamsten könne die Schule in der Fleischhauerstraße entlastet werden, wenn man in der Vorstadt St. Lorenz eine Schule einrichte. Das Provisorium sei empfehlenswerter als der alte Zustand. Wenn wir Millionen für Jahre ausgeben, müssen wir auch hierfür etwas haben. Ganz unangebracht ist es, die Schwachbefähigten mit den Taubstummen zusammenzutun, wie es geschehen ist, diese Kinder müssen unter sich bleiben. Nehmen Sie die Senatsvorlage an. Die Beschlussfähigkeit wird angezweifelt, weitere Redner kommen nicht mehr zum Wort.

Schluß 1 Uhr 25 Minuten.

Soziales.

Neue Unfallverhütungsvorschriften. Laut § 857 der neuen Reichsversicherungsordnung sollen die Vorstände der Berufsgenossenschaften alljährlich eine Sitzung einberufen, zu der die Vertreter der Versicherten hinzugezogen werden müssen. Die Notwendigkeit solcher Zusammenkünfte bestand schon früher, sie haben den Zweck, die Unfallverhütungsvorschriften zu prüfen und event. durch Abänderungsanträge zu verbessern. Dieser neuen gesetzlichen Verpflichtung kam die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft durch Einberufung einer Sitzung nach, in der die bisher bestehenden Vorschriften zwar wesentlich verbessert, doch den Wünschen der Arbeiter nicht völlig angepaßt wurden. Den Berichten der Gewerbeinspektoren ist zu entnehmen, daß Frauen zum Transportieren von Balken, ferner auch zu der außergewöhnlich gefährlichen Bedienung der schnell rotierenden Holzbearbeitungsmaschinen Verwendung finden. Ein von den Arbeitervertretern gestellter Antrag, der in Rücksicht auf die Beson-

Frauenarbeit wünscht, wurde abgelehnt. Eine wichtige Rolle in der Holzindustrie spielt die Welle der Abriechmaschinen. Nach einer statistischen Erhebung sind sogar noch in Berlin in 50 Abriechmaschinen die sogenannten Vierlaßwellen vorhanden. Die Unfallgefahr bei dieser Welle ist durch die Wanderausstellung des Holzarbeiterverbandes genügend gekennzeichnet. Einen Antrag, der nur die Benutzung der runden massiven Messerwelle fordert, stimmte der Vorstand der Berufsgenossenschaft nieder, verboten ist nur die Rundgestaltung der Welle durch Holzbacken. Die Vertreter der Versicherten besprachen ferner die Betriebs-Entscheidungen und die Beschaffenheit der Maschinen. Von Interesse ist, daß es Arbeitgeber gibt, die bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften mit Entlassung vorgehen. Wiederholt ist es vorgekommen, daß Arbeiter aus dem Grunde als gemahregelt vom Verbands unterführt werden mußten, weil sie in Gegenwart des Unternehmers den Gewerkschaftsleiter auf das Fehlen von Schutzvorrichtungen aufmerksam machten. Aber es gibt auch Unternehmer, die es gern sehen, wenn der Arbeiter ohne Schutz arbeitet, da die zu verrichtende Arbeit dadurch etwas beschleunigt wird. Auf alle diese Vorfälle hatte der Vorstand nur die Antwort, daß in solchen Fällen Beschwerde bei der Berufsgenossenschaft geführt werden soll, dann würde für Abhilfe gesorgt. Der unzureichende Arbeiterschutz ist vielfach auf die ungenügende Kontrolle der Betriebe zurückzuführen, wurden doch von 42 115 Betrieben in einem Jahre nur 6284 revidiert, so daß 42 931 Werkstätten — darunter 23 352 Großbetriebe — keinen Besuch der Aufsichtsbeamten erhielten. Die wenigen technischen Angestellten der Berufsgenossenschaften können eben keine genügende Revision ausüben. Wie viele Mängel noch in den Betrieben vorhanden sind, geht aus dem Bericht einer Unfallkommission des Holzarbeiterverbandes hervor. Danach hatten 50 % aller Betriebe keine Staubsaugung. An 8 Kreislagern zum Längssägen die feste der Spaltteil. 22 Unfälle waren auf das vollständige Fehlen von Schutzvorrichtungen zurückzuführen. In 8 Fällen verschuldet mangelhafte Beschaffenheit der Vorrichtungen die Unfälle, in 15 Fällen enger ungenügender Arbeitsraum. Wenn man bedenkt, daß das nur ein Bruchteil der Erhebungen ist, so dürfte es doch wohl angebracht sein, wieder die Forderung zu erheben, die schon wiederholt von den Arbeitern gestellt worden ist: Anstellung von Revisionsbeamten aus dem Kreise der Versicherten! § 875 der Reichsversicherungsordnung lautet in seinem letzten Absatz: „Als solche Beamte können auch Personen angestellt werden, die früher den versicherten Betrieben als Arbeiter angehört haben“. Die Reichsversicherungsordnung sagt etwa nichts davon, daß die Angestellten eine technische Vorbildung haben müssen, wie z. B. ein Vorstandsmittglied der Genossenschaft bei der Beratung des Tätigkeitsberichts der technischen Angestellten erklärte, sondern die praktische Vorbildung wäre wohl hier Bedingung. Diese Forderung wurde auch im Parlament und auf einer Konferenz der Maschinenarbeiter des Holzarbeiterverbandes in München erhoben. Im Interesse der Berufsgenossenschaft liegt es, daß die Unfälle verringert werden. Dazu sind häufigere Revisionen der Betriebe und somit mehr Angestellte erforderlich. Bei der Verhandlung machte sich ein kleiner Uebelstand bemerkbar, der im Interesse der Versicherten bei dergleichen Konferenzen nicht vorkommen sollte. Ein Teil der Vertreter war nicht ausreichend vorbereitet zur Sitzung erschienen. Sie waren dadurch verhindert, in die Verhandlung genügend einzugreifen. Um eine derartige Beratung wirksam zu gestalten, muß eine Vorbildung unter den Vertretern stattgefunden haben, damit nicht entgegengesetzte Meinungen unter den Vertretern selbst zutage treten.

Aus dem Gerichtssaal.

Der nationale Agitator. Vor dem Schöffengericht Osterwieck a. S. hatte sich der Arbeiter Albert Schulze, der Vorsitzende des dortigen Vaterländischen Arbeitervereins war und sich gern als Agitator gegen die Sozialdemokratie betätigte, wegen Unterjochung und Veruntreuung von Vereinsgeldern zu verantworten. Der Angeklagte hatte im Mai kurz vor der Jahreshauptversammlung seines Vereins 150 M. Vereinsgelder unterschlagen und war damit flüchtig geworden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu der hohen Strafe von einem Jahr Gefängnis und ordnete seine sofortige Verhaftung an. Das Urteil fiel so hart aus, weil der nationale Agitator bereits zahlreiche Vorstrafen aufzuweisen hatte. In der Reichsverbandsliste wird dem Manne hoffentlich ein Ehrenplätzchen eingeräumt!

Kontrollversammlung und Militärstrafgesetzbuch. Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier fand dieser Tage eine Verhandlung statt, die wieder einmal in drastischer Weise den ungeheuerlichen Zustand beleuchtete, der dadurch geschaffen wird, daß die Teilnehmer an Kontrollversammlungen den ganzen Tag unter dem Militärgeßel stehen. Die Verhandlung endete mangels ausreichenden Beweises mit der Freisprechung der Angeklagten, während es sonst wohl zu einem ähnlichen Urteil, wie in Erturt gekommen wäre, nur mit dem einzigen Unterschied, daß der Tatbestand hier noch ausreißender gewirkt hätte. Der Anklage lang folgender Sachverhalt zugrunde: Am 10. April fand in einem Dorfe an der luxemburgischen Grenze die Kontrollversammlung statt. In der Regel treten dabei diejenigen, die einen militärischen Rang bekleiden, vor die Front. Sie sind dann auch für den ganzen Tag vorgezogen aller Teilnehmer. Am Abend der Kontrollversammlung befanden sich nun verschiedene Teilnehmer in einem luxemburgischen Städtchen in einer Wirtschaft, als ein Lehrer in Begleitung eines Försters eintrat. Der Lehrer, der Unteroffizier der Reserve war, hatte am Morgen ebenfalls an der Kontrollversammlung teilgenommen. Aus einem ganz geringfügigen Anlaß entstand nun ein Streit zwischen dem Lehrer und den übrigen Teilnehmern, denen der Lehrer nicht bekannt war. Dieser hielt es nun für angebracht, den Unteroffizier herauszuführen, ein Umstand, der natürlich die gereizte Stimmung noch erhöhte. Da die Teilnehmer sollen sich sogar den Besiegten widersetzen haben und es wurde auch ein höhnisches Verhalten gegen fünf Personen eingeleitet. Das Ergebnis war aber so dürrig, daß schließlich nur gegen zwei die Anklage wegen öffentlicher Beleidigung von Vorgesetzten erhoben wurde. Wegen Widerzähligkeit konnte die Militärbehörde nicht vorgehen, da man in Luxemburg eine solche Straftat nicht kennt. Die zwei Angeklagten bestritten das Vergehen. Sie wollen lediglich durch das Verhalten des Lehrers provoziert worden sein und nur deshalb die Aufsätze gebraucht haben: „Wir sind hier in Luxemburg, da kommt jeder kommen und sagen, er sei Unteroffizier.“ Die Aussagen des Lehrers in bezug auf die Täter waren aber so unklar, daß schließlich der Vertreter der Anklage selbst die Freisprechung beantragen mußte. Er tat dies aber in einer Weise, die freigesprochen zu werden verdient. Er führte nämlich aus: „Leider mußte er selbst die Freisprechung beantragen, trotzdem es ganz zweifellos feststeht, daß der Unteroffizier in der Weise behandelt worden sei, wie es die Anklage annimmt, da ich jedoch nicht einwandsfrei nachweisen kann, wer die Aufsätze gebraucht habe, mußte die Freisprechung erfolgen. In anderen Fällen würde er die Straftat beantragen, da die Straftaten mehr an Aufzählung liegen.“ — Wie aber dann das Urteil ausgefallen wäre, dürfte aus folgenden Tatsachen hervorgehen können:

Der aus Jagde erlegene. Der aus Jagde erlegene Major und Bezirkskommandeur, der die Kontrollversammlung geleitet hatte, befandete, er pflege die Teilnehmer stets eindringlich zu ermahnen, sich die vor der Front stehenden Vorgesetzten genau einzuprägen. Als nun die Angeklagten in durchaus glaubwürdiger Weise erklärten, den Lehrer nicht erkannt zu haben, bemerkte der eine Offizier: „Das sei kein Milderungsgrund, im Gegenteil, das müsse sogar strafverschärfend wirken. Diese ungeheuerliche Anstalt ging selbst dem juristischen Leiter der Verhandlung zu weit, der erklärte: Er habe z. B. den Major, obwohl er ihn persönlich kenne, eben nicht wiedererkannt. Daraus kann man ersehen, wie es den beiden Angeklagten wohl ergangen wäre. Im übrigen bleiben wir dabei, daß die ganzen Kontrollversammlungen überhaupt höchst überflüssig sind. Sie haben in unserem modernen Staatsgebilde mit seinem gut funktionierenden Meldebeweise alle und jede Berechtigung verloren, wenn sie jemals eine solche besaßen haben sollten. Sie verursachen dem Reserveoffizier empfindliche Zeitverschwendung, Lohnabzüge und Arbeitsverluste und bilden eine fortwährende Gefahrenquelle für alle dem Alkohol zuneigenden Elemente. Die Kontrollversammlungen sind ebenso veraltet und überflüssig, wie das ganze Militärstrafgesetz. Deshalb weg mit ihnen!

Aus Nah und Fern.

Beim Wetzschwimmen ertrunken. Bei dem Dauerwetzschwimmen des Breslauer Arbeiterschwimmvereins Posenon ging Sonntag einer der Wetzschwimmer angesichts des Begleitdampfers unter und ertrank.

Selbstmord eines Eltjährigen. Aus geringfügiger Ursache hat sich in Rathenow ein elfjähriger Knabe das Leben genommen. Der Schüler Erik Otto wollte mit mehreren Schulkameraden baden gehen. Die Mutter befürchtete jedoch, daß dem Kinde, das einen Herzfehler hatte, in dem kalten Wasser ein Unfall zustossen könnte und verbot ihm das Baden. Hierüber war der Knabe aufgebracht, da er sich vor seinen Freunden schämte. Bald darauf verließ er das elterliche Haus und blieb bis zum Abend verschwunden. Als man dann nach ihm suchte, fand ihn der Vater in der Scheune erhängt auf. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Der Verführer im Priesterrod. Die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ in Duisburg beschuldigte im März vorigen Jahres den Kaplan Sassen in Mülheim a. d. Ruhr: den Beichtstuhl zu unfeuchten Werken mißbraucht zu haben; einem von ihm geschwängerten Mädchen Abtreibungsmittel angeboten und dann die Verführte in brutaler Weise dem Elend preisgegeben zu haben. Darauf erfolgte nicht etwa eine Klage des Kaplans, sondern ein Schimpfartikel in dem Mülheimer Zentrumsorgan, worin der „Arbeiter-Zeitung“ vorgeworfen wurde, ihre Anklage seien Verleumdungen und Verdächtigungen niedriger Art. Wegen dieser Beschimpfungen klagte für die Redaktion der Genosse Schoch gegen den Verantwortlichen des Zentrumsblattes. Die Klage kam jetzt vor dem Schöffengericht in Mülheim a. d. Ruhr zur Verhandlung und endete mit der Verurteilung des Zentrumsredakteurs zu 30 Mark Geldstrafe. Die Verhandlung selbst gab nicht nur die Richtigkeit der Behauptungen der „Arbeiter-Zeitung“, sondern ließ noch darüber hinaus wieder einmal erkennen, wie Verfehlungen in sittlicher Beziehung in der katholischen Kirche mit dem Mantel der Verschwiegenheit bedekt und der Öffentlichkeit entzogen werden. Von der Staatsanwaltschaft ist feinerzeit gegen den Kaplan Sassen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, dessen Akten dem Schöffengericht vorlagen. Unwidersprochen konnte daraus der Rechtsbeistand des Klägers, Rechtsanwalt Markwig, folgendes feststellen: Kaplan Sassen hat selbst zugegeben, daß er ein bisher makelloses Mädchen im Beichtstuhl veranlaßt habe, ihn zu bejuchern, um es zu verführen. Er hat zugegeben, daß das Mädchen sich gestürzt hat und daß er ihm ein entsprechendes Flüsschen (Abtreibungsmittel) gezeigt hat. Er gibt weiter zu, daß er das Mädchen, als es von ihm in Hoffnung war, beschimpft hat. „Dummes Nas!“ hat er nach der Aussage des Kaplans Wilms die Verführte tituliert. Weiter — und hier kommt das, was über den Einzelfall hinaus charakteristisch ist und auch die Allgemeinheit interessieren dürfte — erklärt Sassen selbst: Seine kirchliche Behörde habe längere Zeit vor dem Erscheinen des Artikels Kenntnis von diesen Verfehlungen gehabt, es sei ihm aber nichts weiter geschehen; er sei noch jetzt, also lange nach Bekanntwerden der Verfehlungen, kirchlich tätig, zelebrierer die heilige Messe, und er sei jetzt noch Ehrenmitglied des katholischen Studentenevereins Hohentwiel, der nach seinen Aussagen außerehelichen Geschlechtsverkehr mit Ausschluß bestrafe. Dieser Verein habe keine Veranlassung, den Kleriker gegen ihn zu spielen, weil seine kirchliche Behörde ja nicht gegen ihn vorgehe. Wie seine kirchliche Behörde gegen ihn vorgegangen ist, illustrierte Rechtsanwalt Markwig durch die Feststellung aus den Akten, daß der Herr erzbischöfliche Generalvikar Dr. Kreuzwald in Köln das verführte Mädchen fast ein Jahr vor der Veröffentlichung in der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ im Krankenhaus besucht hat und sie zweimal hat schwören lassen, über die Angelegenheit nichts zu sagen. Er hat ihr dabei geraten, für Herrn Kaplan Sassen zu beten. Diese Tatsachen kennzeichnen nicht nur das Treiben des Kaplans als verwerflich, sondern sie lassen auch die Bedenklichkeit des päpstlichen Verbotes, Priester für ihre Verfehlungen vor die öffentlichen Gerichte zu ziehen, erkennen. Man darf heute sagen, daß die Absicht bestand, den Kaplan Sassen in seiner Stellung zu belassen, wenn auch vielleicht an einem andern Orte. Damit hätte man viele Frauen und Mädchen dauernd der Gefahr ausgesetzt, den Verführungsgünstigen des Beichtstuhls zum Opfer zu fallen. Und es hätten wieder Jahre und Jahrzehnte vergehen können, ehe neue Verfehlungen aus Tageslicht gekommen wären.

Zu der Jagde ertrunken. Ein schreckliches Ende fand der 81 Jahre alte Arbeiter Polzin aus Bütow. Er war infolge eines Schwindelanfalles in die Jauchegrube, die sich auf dem Hofe befand, gestürzt, wo er, da er sich aus eigener Kraft nicht zu befreien vermochte, und Hilfe nicht zur Stelle war, erstickte.

Dreitaujend künstliche Gliedmaßen gesucht! In der „Kölnischen Zeitung“ war jüngst dieses Inserat zu lesen:

„Zirca 3000 künstliche Gliedmaßen für eine kriegsführende Regierung sofort gesucht. Offerten von nur leistungsfähigen Fabriken an Dr. Richard Rauch, Köln.“

Dreitaujend kräftige Männer sind von der militärischen Besatzung an Kruppellen zerfleischt, und nun wird nach künstlichen Gliedmaßen annonciert, als solle die Lieferung von Erbswürst und Sped vergehen werden. Da wäre es tatsächlich noch besser, die Regierungen „ripeten“ schon zu Friedenszeiten auch in künstlichen Gliedmaßen, damit nicht die Zerhölltesten heranzutreiben brauchen, bis der kriegsführende Staat mit irgendeiner „leistungsfähigen Fabrik“ handelsfähig geworden ist!

Erdbeben in Südböhmen. Im südwestlichen Deutschland hat gestern nachmittags kurz nach 1 Uhr wieder ein Erdbeben stattgefunden, wie es in jenen Gegenden nicht zu den Seltenheiten gehört. Noch in Erinnerung ist das Beben vom 2. November 1911, wo in Baden und im Rheinland erhebliche Schäden angerichtet wurde. Das gestrige Beben

was nirgendwo irgendwelche bemerkenswerte Schäden zur Folge hatte, fällt durch seine außerordentliche Ausdehnung auf. Es wurde in sämtlichen Städten Wadens, in fast ganz Württemberg, dem ganzen Schwarzwald und im Elsaß wahrgenommen, ebenso in der Nordschweiz am Bodensee und in der Rheinpfalz. Im ganzen wurden drei Erdstöße registriert. Der erste erfolgte um 1 Uhr 7 Minuten. Die dann folgenden wellenartigen Bewegungen dauerten 3 bis 4 und 6 bis 8 Sekunden.

Bombenanschläge in Lissabon. Die Monarchisten versuchten in Portugal ihre Herrschaft mittelst Bomben wieder herzustellen. Die Polizei war seit mehreren Tagen davon unterrichtet, daß für eine der nächsten Nächte ein Angriff mit Bomben auf verschiedene Punkte Lissabons vorbereitet war. Des Morgens begannen tatsächlich einige verdächtige Automobile herumzufahren, die die Polizei anhalten ließ. Gleichzeitig erschienen kleine Gruppen verdächtiger Personen in der Umgegend einiger Kasernen. Als ein Automobil in der Straße San Vicente von der Bürgergarde angehalten wurde, wurde aus einer in der Nähe stehenden Gruppe eine Bombe geworfen, wodurch ein Bürgergarde getötet wurde. Die Insassen des Automobils wurden verhaftet. — Ein Zivilist, der sich eine Matrosenuniform übergezogen hatte, war mit einer Bombe in die Marinekaserne eingedrungen. Als eine Gruppe Verdächtiger, die von der Polizei verfolgt wurde, vor der Kaserne des 2. Infanterieregiments vorüberkam, und der dort aufgestellte Posten zu den Waffen rief, schoß ein Manifestant auf den Posten, der schwer verletzt wurde. Auch vor der Kaserne des 1. Infanterieregiments und der Pioniere wurden Trupps Verdächtiger verhaftet. Bei Tagesanbruch nahm die Stadt ihr gewohntes Aussehen wieder an. Im Innern der festgehaltenen Automobile wurden Körbe mit Bomben gefunden. Die Polizei konnte, da sie rechtzeitig benachrichtigt war, den Versuch der Unruhestifter vollständig zum Scheitern bringen. Die öffentlichen Gebäude wurden von Truppen und Zivilisten, die der nationalen Verteidigung angehören, bewacht und außer dem Polizeibeamten, der durch eine Bombe getötet wurde, wurde ein zweiter schwer verletzt.

Strassenbahnunglück. In St. Denis bei Paris entgleiten Sonnabend zwei Trambahnwagen an einer Kreuzungsstelle. 24 Reisende erlitten erhebliche Verletzungen. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Unfall durch einen Anschlag verursacht worden ist. An der Kreuzungsstelle war ein großer Holzpflock in die Schienen eingeklinkt.

Die Tat einer wahnsinnigen Mutter. In der Nähe der Station Böhrum bei Peine hat eine Tischlerin, nachdem sie sich zuvor ihres Gepäcks durch Hiniauswerfen aus dem Fenster des Abteils entledigt hatte, ihre beiden Kinder aus dem fahrenden Zug hinausgeworfen. Glücklicherweise kamen die im Alter von fünf und sieben Jahren stehenden Kinder mit nur geringen Verletzungen davon. Die Frau befand sich auf der Reise nach Bremen, von wo sie nach Amerika auswandern und sich zu ihrem dort seit längeren Jahren weilenden Ehemann begeben wollte. Die unnatürliche Mutter wurde bei der Ankunft in Hannover aus dem Zuge heraus verhaftet und dem dortigen Gefängnis zugeführt. Ansehend hat sie die furchtbare Tat in einem Anfall von Geistesstörung erzählt.

Zehn Millionen Dollars für Bücher und Orgeln. Der Multimillionär Carnegie hat jetzt eine bemerkenswerte Entscheidung getroffen. Er beauftragte in einem Briefe die Verwaltung des für Büchereien und Kirchenorgeln gestifteten Carnegiefonds, die Zinsen des Kapitals von nun an für die Büchereien und Kirchenorgeln in England zu verwenden, da das Bedürfnis in Amerika abgenommen hat. Der Fonds beträgt zehn Millionen Dollars und die jährlich auszubehende Summe 500 000 Dollars.

Der Brand einer Schwefelgrube. In dem Schwefelbergwerk von S. Giovanella bei Bue in Sizilien ist am 16. d. M. ein Brand ausgebrochen. In der Grube arbeiten 700 Arbeiter. Die Arbeiter waren eben eingefahren, als sie durch den Geruch von Schwefelkohlenstoffgasen auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurden. In wilder Flucht stürzten die im obersten Schacht befindlichen Arbeitenden hinaus, während in den unteren Schächten ein furchtbares Gedränge um den einzigen Auszug entstand. Viele Arbeiter scheinen durch die in Brand geratene Stredde von dem Ausgang abgesperrt worden zu sein, und von diesen konnten sich einige durch einen unterirdischen Gang retten, der zu einer 4 Kilometer entfernten Schwefelgrube führt. Die anderen erstickten, ehe man ihnen Rettung bringen konnte. Die Zahl der Opfer wird auf 40 geschätzt. Trotz der großen Panik eilten viele Arbeiter ihren Gefährten zu Hilfe, drangen in das brennende Bergwerk ein, um mit brennenden Kleidern, einem Ohnmächtigen oder Toten im Arm, zurückzukehren. Daß sich 60 Arbeiter durch den unterirdischen Gang retten konnten, ist dem Mut und der Umsicht der Grenzaufseher Cordaro und Sorlono zu danken, die in das brennende Bergwerk hinabstiegen, das sie in all seinen Gängen gründlich kannten, um den Eingeschlossenen den Weg zur Rettung zu zeigen. Es handelte sich um einen Gang, der seit Jahren verfallen war und den nielleicht keiner der Arbeiter kannte. Das Bergwerk ist zugemauert worden, um den Brand zu beschränken. Ist man sicher, daß diese Maßnahme nicht zu früh getroffen wurde, daß sich noch Lebende in dem Bergwerk befinden?

Literarisches.

Klassenjustiz von Erich Kuttner. Preis 1 Mark Verlag Buchhandlung Normants, Berlin. Klassenjustiz Ein furchtbares Wort, das in einem Rechtsstaat unbekannt sein sollte. — Die Verteidiger unseres Klassenstaats wissen dies auch und suchen daher neben einem Loblied auf unsern Richterstand, der angeblich über alle Vorwürfe der Parteilichkeit erhaben sei, den Nachweis zu erbringen, daß wir in einem Rechtsstaat leben. Das Bestehen einer Klassenjustiz, d. h. einer Justiz, die aus den Klassenurteilen der den besitzenden Klassen angehörigen Richter heraus Urteile fällt, die mit dem Rechtsempfinden der übergroßen Mehrheit des Volkes in schroffem Widerspruch steht, wird energisch bestritten, obwohl die Gerichte immer neue Beweise für diese Tatsache erbringen. Viele Beweise hat der Verfasser der obigen Schrift durch die Gegenüberstellung einer Reihe von Gerichtsurteilen überzeugend dargestellt. — Leider konnten es aus den unzähligen Urteilen nur verhältnismäßig wenige sein. — Sie genügen aber, um dem Verfasser zuzustimmen, der in der Einleitung sagt: „Recht und Gerechtigkeit, so vermandt beide auch klingen, sind zwei Begriffe, die sich im heutigen Staate durchaus nicht miteinander decken.“ — Daß heißt also: sage mir, welcher Klasse Du angehörst, und ich will Dir sagen, welches Maß von Recht Dir zusteht.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schartz. Druck: F. r. d. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Arbeiter Volksboten“